

E+Z

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

E+Z

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

D+C

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249

DIGITALE MONATSAUSGABE

2024 08

WELTORDNUNG

Die Entwicklungspolitik
blickt weltweit in eine
ungewisse Zukunft

GOVERNANCE

In Sri Lanka läuft die
Restrukturierung der
Staatsschulden zäh

KULTUR-SPEZIAL

Die E+Z-Redaktion
empfiehlt Literatur
und Kurzfilme



Junge Menschen

Editorial

- 3 **KATHARINA WILHELM OTIENO**
Jugendlichen weltweit eine Zukunft bieten

Magazin

- 5 **KATHARINA WILHELM OTIENO**
Neuorientierung der Entwicklungspolitik nötig
- 7 **ARJUNA RANAWANA**
Graduelle Fortschritte bei der Umstrukturierung der exzessiven Staatsschulden Sri Lankas
- 9 **INTERVIEW MIT VANESSA WANNICKE**
Was der BDI von der deutschen Entwicklungspolitik erwartet
- 11 **STELLA TUSHABE / IMPRESSUM**
Heutzutage: Ruandas vom Völkermord geprägte Gesellschaft auf lokaler Ebene versöhnen

Kultur-Spezial

- 13 **DAGMAR WOLF**
Erzählung: Nobelpreisträgerin Toni Morrison spielt mit rassistischen Vorurteilen
- 14 **JÖRG DÖBEREINER**
Kurzfilme: Afrikanische Nachwuchstalente inszenieren überlieferte Mythen neu
- 15 **HANS DEMBOWSKI**
Roman: Das Leben der letzten Herrscherin des Punjab
- 16 **DAGMAR WOLF**
Sammelband: Literatur von 30 schwarzen Autorinnen

Debatte

- 17 **CECILIA Y. OJEMAYE UND LESLEY GREEN**
Hochschulbildung verbessern, um Afrikas Potenzial zu nutzen
- 18 **ISAAC SAGALA**
Der Hintergrund der kenianischen Proteste
- Schwerpunkt: Junge Menschen**
- 21 **MAHWISH GUL**
Sexuelle Aufklärung nicht den Porno-Webseiten überlassen
- 23 **ALBA NAKUWA**
Kenias Jugend schließt sich zu einer Protestbewegung zusammen, die das Land so noch nicht gesehen hat
- 24 **INTERVIEW MIT SHAKIRA WAFULA**
Aus Sicht der jungen Generation hat die kenianische Regierung versagt
- 26 **ADAZE OKEAYA-INNEH**
Wie die Terrororganisation Boko Haram junge Leute rekrutiert
- 28 **KATHARINA WOLF UND JENS ELSNER**
Die GIZ fördert Jugendliche weltweit mit Sport
- 30 **LAWRENCE KILIMWIKO**
Junge Leute engagieren sich in Ostafrika für Frieden
- 31 **ROLI MAHAJAN**
Jugendarbeitslosigkeit ist eines der größten Probleme Indiens
- 33 **KONSTANTIN AUWÄRTER**
In Nahost und Nordafrika haben sich die Aussichten für Jugendliche weiter verschlechtert

SCHWERPUNKT

Junge Menschen

Weil es an guten Jobs und anderen Chancen mangelt, können viele junge Menschen weltweit ihr Schicksal nicht in die eigene Hand nehmen. Ihnen fehlen die Dinge, die zum Erwachsenwerden nötig sind. Ihr wertvolles Potenzial bleibt lange ungenutzt. Je mehr Wut sich aufstaut, umso stärker geraten politische Systeme ins Wanken. Gute Bildung ist Teil der Lösung – sie muss aber auch zu echten Chancen führen.

Titelseite: Shakira Wafula, Gesicht der Jugendproteste in Kenia.
Foto: Larry Madowo





Unser Schwerpunkt zum Thema „Junge Menschen“ beginnt auf Seite 20. Er hat direkten Bezug zum 4., 5., 8. und 16. UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal – SDG): Hochwertige Bildung, Geschlechtergleichheit, Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum und Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen.

Waithood – nicht endende Jugend

Die UN definiert Menschen zwischen 15 und 24 Jahren als Jugendliche. In sehr vielen Ländern zählt eine Person jedoch wesentlich länger zur Jugend, teilweise bis weit jenseits der dreißig.

Das hat sozioökonomische Gründe. Selbst in Gesellschaften, in denen von jungen Menschen schnell Unabhängigkeit erwartet wird, scheitert diese an mangelndem Zugang zu guter Bildung und Ausbildung, fehlenden Netzwerken, wenig politischem Mitspracherecht und übervollen Arbeitsmärkten.

Daraus resultiert, dass es ihnen nicht gelingt, sich „Attribute des Erwachsenseins“ anzueignen. Dazu gehören laut der mosambikanischen Ethnologin Alcinda Honwana Dinge wie eine eigene Unterkunft, eine Arbeitsstelle, die Gründung einer Familie und die Fähigkeit, Verwandte finanziell zu unterstützen.

„Waithood“ heißt die verlängerte Jugendphase in der Ethnologie. Das steht für „waiting for adulthood“ und ist besonders

„Und schließlich müssen Jugendliche stärker als bisher an politischen Entscheidungen mitwirken. Sie müssen auch in Zukunft auf diesem Planeten leben.“

in Afrika – mit einem Durchschnittsalter von rund 19 Jahren der demographisch jüngste Kontinent – wichtig. Aber nicht nur dort stehen Massen gut ausgebildeter junger Menschen auf umkämpften Arbeitsmärkten in harter Konkurrenz. Es ist keine Seltenheit, dass ein Einunddreißigjähriger mit abgeschlossenem Wirtschaftsstudium in Lucknow oder Lagos bei seiner Familie in beengten Verhältnissen wohnt und seinen Lebensunterhalt mit informellen Dienstleistungen verdient – etwa im Straßenhandel.

Viele junge Menschen wollen ihre „waithood“ aber nicht geduldig aussitzen.

Sie waren schon immer treibende Kraft in Protestbewegungen. Ob Arabischer Frühling, Occupy-Proteste nach der Weltfinanzkrise von 2008, Black Lives Matter oder Fridays for Future – unzufriedene Jugendliche verschaffen sich immer wieder international Gehör.

Was für eine Machtdynamik sie auslösen können, erlebt Kenia gerade. Die Protestbewegung, die sich am letzten Haushaltsentwurf der Regierung William Rutos entzündet hat, hat mittlerweile zur Absetzung des gesamten Kabinetts geführt.

Inspiriert davon, organisieren sich nun auch in Ghana, Malawi und Nigeria Proteste. Und dass Senegals ehemaliger Präsident Macky Sall im Vorfeld der diesjährigen Wahlen zurückruderte und die Neuwahlen nicht noch weiter behinderte, ist ebenfalls nicht zuletzt wütenden jungen Menschen zu verdanken.

Gleichzeitig gibt es besorgniserregende Tendenzen. Bei der Europawahl legten rechtspopulistische Parteien unter den 16- bis 24-Jährigen zu. Nicht nur sie, sondern auch radikale islamistische Gruppen nutzen gezielt soziale Medien, um Jugendliche zu erreichen. Sie nutzen aus, dass persönliche Unsicherheit und die Suche nach Zugehörigkeit und Identität zu dieser Lebensphase gehören.

Um zu verhindern, dass Jugendliche darauf hereinfallen, müssen demokratische Parteien und Regierungen bessere Angebote machen. Bildung muss nicht nur zugänglich sein, sondern auch qualitativ hochwertig. Das schließt politische Bildung und Medienkompetenz ebenso mit ein wie Sexualerziehung. Auf formale Abschlüsse müssen dann echte Chancen auf gute Arbeitsplätze folgen.

Und schließlich müssen Jugendliche stärker als bisher an politischen Entscheidungen mitwirken. Sie müssen auch in Zukunft auf diesem Planeten leben. Das auch in Deutschland beobachtbare Muster, dass Klimapolitik immer wieder zurückgeschraubt wird, wenn Mittel knapp und Entscheidungen unbequem sind, verdüstert die Zukunftsaussichten junger Menschen weltweit.



KATHARINA WILHELM OTIENO
ist Redakteurin bei E+Z/D+C.
eu.z.editor@dandc.eu

Bitte helfen Sie, www.dandc.eu zu verbessern

Wir werden zum Ende dieses Jahres unsere gedruckten Hefte einstellen und dafür unser digitales Angebot weiter ausbauen. Unser Auftrag bleibt derselbe wie bisher: ein Forum für die internationale Auseinandersetzung darüber zu schaffen, wie die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung erreicht werden können. Das E+Z/D+C-Team hofft, dass Sie auch weiterhin unsere Artikel lesen werden, und wir werden uns bemühen, Ihnen das leicht zu machen.

Sie können uns konkret dabei helfen, unsere digitalen Angebote noch besser auf Sie auszurichten: Derzeit läuft eine anonymisierte Onlineumfrage, an der wir Sie teilzunehmen bitten. Folgen Sie einfach dem Link: <https://faz-bm.limesurvey.net/284583?lang=de>



FOLGEN SIE UNS AUF SOCIAL MEDIA:



ENTWICKLUNG
UND ZUSAMMENARBEIT | **E+Z**

DEVELOPMENT
AND COOPERATION | **D+C**



Ugandischer Demonstrant vor dem Hauptsitz der Weltbank während eines Treffens mit dem IWF im vergangenen Jahr.

ENTWICKLUNGSPOLITIK

Ungewisse Zukunft

Die globale Entwicklungspolitik steht aufgrund zahlreicher Krisen, geopolitischer Machtverschiebungen und zunehmend anti-demokratischer Tendenzen vor ungekannten Herausforderungen. Lösungen erfordern intelligente Prioritätensetzung, neues Vertrauen, Transparenz und erfolgreiche Kommunikation.

Von Katharina Wilhelm Otieno

Die Gräben zwischen dem sogenannten Westen und Süden vertiefen sich. Zu den Gründen gehören Missstände wie die ungleiche Verteilung von Covid-19-Impfstoffen und die horrenden Schuldenlasten, mit denen einige Länder zu kämpfen haben. Staatsausgaben fließen zunehmend in den Schuldendienst und nicht in dringend benötigte Entwicklung. „Es zeichnet sich eine neue Realität ab“, kommentiert Len Ishmael, ehemalige Botschafterin der ostkaribischen Staaten in der EU und Belgien.

Mit dem Krieg in Gaza könnte der Punkt erreicht sein, an dem es kein Zurück mehr gibt, was das zerbrochene Vertrauen zwischen dem Westen und dem Süden angeht, sagt Ishmael, die jetzt an der Diplomatischen Akademie in Brüssel tätig ist. An-

gesichts der humanitären Katastrophe, die sich im Gazastreifen abspielt, erwarteten viele von den westlichen Regierungen ein entschlosseneres Eingreifen, anstatt lediglich Israels „Recht auf Selbstverteidigung“ zu billigen. Wenn andere Länder verdächtigt würden, Kriegsverbrechen zu begehen, übe der Westen normalerweise schnell Druck auf diese Regierungen aus und bestehe auf einer regelbasierten Weltordnung, so Ishmael. Viele Stimmen in Entwicklungs- und Schwellenländern würden eine regelbasierte Weltordnung begrüßen, meint sie – aber es müsste eine sein, „in der die Regeln nicht immer dann geändert werden, wenn sie dem Schiedsrichter nicht mehr gefallen“.

Ishmael ist sich der Unzulänglichkeiten der Begriffe „globaler Süden“ oder „Westen“ bewusst, findet sie aber dennoch nützlich. Für sie impliziert „der Süden“ geteilte Erfahrungen mit Kolonialismus, Unterentwicklung und Solidarität, während „der Westen“ auf gemeinsame Werte und Interessen verweist.

Ishmael vertritt jedoch die Auffassung, dass wir eher von einem „neuen Süden“ sprechen sollten. Für sie steht dieser Begriff für eine neu entdeckte Handlungsfähigkeit, strategische Allianzen mit meh-

rerer Partnern und eine Führung, die von ganz unterschiedlichen Orten ausgeht. Sie denkt dabei nicht nur an Brasilien und Indien, sondern sogar an kleine Inselstaaten wie Barbados. In ihren Augen bedeutet der neue Süden auch, dass es keine einfache Einteilung in Gut und Böse gibt.

Die Realität in den meisten Ländern des Südens ist, dass Massen von Menschen in Armut leben. Dementsprechend bevorzugen die Regierungen dort pragmatische Ansätze, die der Bevölkerung helfen. Diplomaten*innen aus Afrika, berichtet Ishmael, neigten dazu, Dinge zu sagen wie: „Die Vizepräsidentin der USA kam und hielt uns einen Vortrag; China kommt, um Straßen zu bauen.“

Dass wir uns an einem Wendepunkt befinden, wurde deutlich auf einer Konferenz anlässlich des 60-jährigen Bestehens des German Institute of Development and Sustainability (IDOS) Anfang Juli in Bonn. Erst vor zwei Jahren hatte das Institut seinen Namen von Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE) in IDOS geändert. Es war eine Geburtstagsfeier in düsteren Zeiten: Mit dem Erstarken der extremen Rechten in ganz Europa steht die Existenz des gesamten Entwicklungssektors auf dem Spiel (siehe Kasten).

ODA UND AUTOKRATIEN

Eine besorgniserregende Tatsache ist, dass laut Studien rund 80 Prozent der öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA – official

development assistance) in autokratische Kontexte fließen. Wie Hawa Ba von Open Society Foundations berichtet, ist der Raum für die Zivilgesellschaft überall auf der Welt erheblich geschrumpft.

Das bedeute jedoch nicht, dass die Zivilgesellschaft ausgeschaltet worden sei, meint sie. In vielen Ländern arbeiteten ihre Vertreter*innen daran, Einschränkungen zu umgehen. Als jüngste Beispiele nennt Ba Senegal und Kenia, wo vor allem junge Menschen den digitalen Raum nutzen, um für Demokratie zu kämpfen.

Die Förderung demokratischer Strukturen in Ländern mit autokratischen Tendenzen sei nicht einfach, sagt Ba. Eine Herausforderung sei, dass Jugendbewegungen in Afrika dazu neigten, westliche Geber abzulehnen, da sie nicht von den reichen Ländern abhängig bleiben wollten und nach Authentizität strebten. Dennoch sei Engagement möglich, meint Ba. Die Geber müssten allerdings sowohl die Handlungsmacht als auch die Bedürfnisse dieser Bewegungen respektieren. Dazu gehöre auch, Kanälen wie X, TikTok und WhatsApp Aufmerksamkeit zu schenken.

Angesichts zahlreicher globaler Herausforderungen bleibt eine gemeinsame

Vision über 2030 hinaus bestenfalls vage. André de Mello e Souza vom brasilianischen Thinktank IPEA (Institute for Applied Economic Research) merkt an, dass multilaterale Institutionen in Zeiten globaler Polarisierung schwächer werden. Er kritisiert, die Reformen des IWF und der Weltbank reichten nicht aus und seien zu spät gekommen. Ihm zufolge muss das Prinzip der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung (Common but Differentiated Responsibilities – CBDR) verbindlich werden. Es verpflichtet alle Staaten, die Klimakrise zu bekämpfen, verneint aber, dass alle gleichermaßen verantwortlich seien. Außerdem plädiert er für eine globale Steuer für Superreiche – nicht nur, um die Staatseinnahmen zu erhöhen, sondern auch, um ihren globalen Einfluss einzuschränken.

Die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs – Sustainable Development Goals) mit ihrer Liste von international anerkannten Entwicklungszielen stehen ebenfalls immer mehr auf dem Prüfstand. Viele Fachleute sind sich einig, dass sie zu viel abdecken und zu komplex sind. Einige sind der Meinung, dass der Schwerpunkt auf den Themen Gesundheit, Ungleichheit

und Klimakrise liegen sollte, die eine globale Zusammenarbeit erforderten, und nicht auf Themen wie Bildung, mit denen die Nationalstaaten allein fertigwerden könnten. Jörg Faust vom Deutschen Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEVal), drückt die Grundstimmung so aus: „Sie sind das Beste, was wir haben, aber nicht gut genug.“

Angesichts der zahlreichen weltweiten Krisen könnten die nächsten globalen Ziele „Survival Development Goals“ genannt werden, meint Archana Negi von der Jawaharlal Nehru University in Indien. Ihrer Ansicht nach ist der Schlüssel zu Nachhaltigkeit nicht Wachstum per se, sondern ein verantwortungsvoller Konsum. Sie argumentiert, dass Debatten rund um mehr Wachstum und Wachstumskritik keinen Sinn ergäben, solange nicht das gesamte kapitalistische System in Frage gestellt werden könne. Dies ist laut Negi aber unwahrscheinlich.



KATHARINA WILHELM OTIENO
ist Redakteurin bei E+Z/D+C.
euz.editor@dandc.eu

ODA unter Beschuss

Eine Frage, die Imme Scholz von der Heinrich-Böll-Stiftung beunruhigt, lautet: Wie sollen wir international zusammenarbeiten, um das Gemeinwohl zu fördern, wenn die Diskussionen über öffentliche Entwicklungshilfe (ODA – official development assistance) schon auf nationaler Ebene immer schwieriger werden? Sie ist bestürzt über antidemokratische Parteien, die fordern, dass Länder mit hohem Einkommen sich mehr auf ihre eigenen Bedürfnisse konzentrieren sollten.

Die Sorge, dass ODA mit der weltweiten Zunahme antidemokratischer Tendenzen auf dem Spiel stehen könnte, drang

durch alle Diskussionen auf der Konferenz anlässlich des 60-jährigen Jubiläums des German Institute of Development and Sustainability (IDOS) im Juli in Bonn (siehe Haupttext).

Aktuelle Ereignisse verstärken diese Befürchtungen: Die neue niederländische Regierung will ODA nicht nur drastisch kürzen – die neue Ministerin für Außenhandel und Entwicklung, Reinette Klever, forderte vor einigen Jahren gar die vollständige Abschaffung der Entwicklungshilfe.

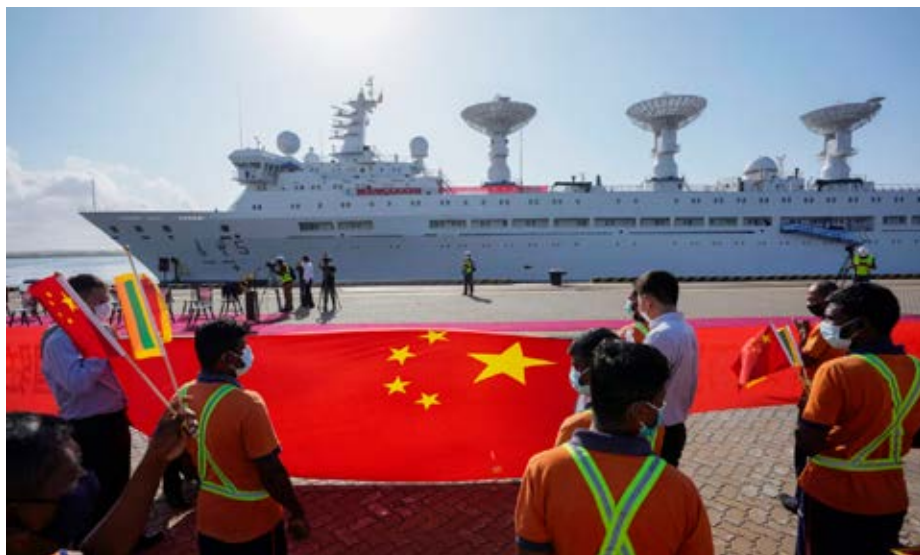
Auch in Deutschland tobt im Hinblick auf den Bundeshaushalt 2025 ein Streit um ODA-Kürzungen. Organisatio-

nen aus allen Bereichen protestierten vehement dagegen, aber Finanzminister Christian Lindner strich hier deutlich Mittel. Kommunikative Debakel wie die von populistischen Kräften beförderte Scheindebatte darüber, dass die deutsche ODA angeblich 315 Millionen Euro für Radwege in Peru ausgibt, sind angesichts der aktuellen Lage wenig hilfreich.

Jochen Steinhilber vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) stimmt zu, dass die öffentliche Entwicklungshilfe unter Druck steht. Seiner Erfahrung nach diskreditieren populistische Kräfte die Entwicklungsfinanzierung im Allgemeinen. Aufgrund des gefährlich geringen Wissensstands der Öffentlich-

keit über die Arbeitsweise internationaler Institutionen gelinge es ihnen oft, Projekte zu diffamieren. Er hofft, dass eine Reihe von Maßnahmen das öffentliche Vertrauen wiederherstellen könne. Dazu gehörten:

- Fake News bekämpfen, Skepsis ansprechen, Wissen über Institutionen und Transparenz fördern – mit Hilfe von IDOS und anderen Partnern,
- Stärkung der Rechenschaftspflicht von Institutionen,
- niemanden zurücklassen, Solidarität fördern,
- attraktive Angebote in geopolitischen Kontexten machen und
- die Wirksamkeit von Entwicklungsprojekten in der öffentlichen Debatte hervorheben und kommunizieren. KO



Chinesisches Schiff erreicht 2022 den Hafen von Hambantota.

STAATSSCHULDEN

Kleinteiliger Fortschritt

Sri Lankas Regierung kommt bei der Umstrukturierung der Staatsschulden voran. Der Prozess ist aber schwerfällig, und manche Fachleute befürchten, Präsident Ranil Wickremesinghe sei weniger an langfristiger Entlastung interessiert als daran, die Bevölkerung vor Wahlen mit neuen Verträgen zu beeindrucken.

Von Arjuna Ranawana

Sri Lankas Regierung wurde im April 2022 zahlungsunfähig. Aus mehreren Gründen konnte sie ihre Schulden nicht mehr bedienen. Das lag zum Beispiel an der Covid-19-Pandemie, die den wichtigen Tourismus einbrechen ließ und die Inflation antrieb, weil Energie- und andere wichtige Importe teurer wurden. Zugleich zeigte sich, dass verschiedene Regierungen unter Mitgliedern der Rajapaksa-Familie ausländisches Kreditgeld mit ökonomisch sinnlosen Projekten zum Ruhm der Staatsschefs vergeudet hatten.

Die Staatspleite vertiefte die Rezession und löste einen politischen Aufstand aus. Präsident Gotabaya Rajapaksa floh ins Ausland, kehrte später aber zurück. Das Parlament machte Ranil Wickremesinghe zu

seinem Nachfolger. Die Armut wurde dennoch schlimmer. Lebenswichtige Importe wurden für viele Menschen unerschwinglich. Auch wer noch über genug Kaufkraft verfügte, musste oft lange Schlange stehen – und zwar manchmal umsonst, wenn Vorräte ausliefen.

Die wichtigste Aufgabe des neuen Staatsschefs war also die Stabilisierung der Wirtschaft. Schwierig war das unter anderem, weil Sri Lanka Kredite von sehr unterschiedlichen Institutionen bezogen hatte. Bei Schuldenkrisen vieler Länder um die Jahrtausendwende waren die Dinge weniger kompliziert. Damals waren die wichtigsten Kreditgeber multilaterale und bilaterale Geberinstitutionen. Als westliche Regierungen endlich einsahen, dass Schuldenerlass unvermeidlich war, sorgten sie dafür, dass er geschah. Heute sind aber noch andere Parteien in Sri Lankas und ähnliche Schuldenkrisen anderer Länder involviert.

Sri Lankas Auslandsschulden belaufen sich derzeit auf mehr als 37 Milliarden Dollar. Dazu gehören international verkaufte Staatsanleihen im Nennwert von 12 Milliarden. Gegenüber multilateralen Banken ist das Land mit 11 Milliarden Dollar verschuldet, gegenüber chinesischen Institutionen mit 9 Milli-

arden und mit über 5 Milliarden bei bilateralen Einrichtungen anderer Länder.

Sri Lanka braucht mit all diesen Parteien Verhandlungsergebnisse, hat dafür aber kein einheitliches Forum. Die Gespräche sind schwierig, weil jeder Kreditgeber sicherstellen will, das andere nicht von seinen Konzessionen profitieren. Sri Lankas Regierung kann die verschiedenen Parteien auch schwerlich gegeneinander ausspielen.

Ende 2020 einigte sich die Wickremesinghe-Regierung mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) auf ein Rettungspaket. Es war mit harten Sparmaßnahmen verbunden, welche die sozioökonomischen Hoffnungen, die den Volksaufstand angetrieben hatten, zunichtemachten. Andererseits ermöglichte das frische Geld der Regierung, wieder normal zu funktionieren. Es erneuerte auch in gewissem Umfang das Vertrauen der Finanzmärkte.

Eine weitere IWF-Auflage ist, dass Sri Lanka Schuldenumstrukturierung erreichen muss. Die Auszahlung verschiedener Tranchen des Rettungspakets hängt vom Fortschritt ab, der dabei gemacht wird. Weil alle Kreditgeber wissen, dass sie ihr Geld nie vollständig zurückbekommen werden, gibt es Anreize zu Kompromissen. Zugleich wollen aber private Anleger, westliche Regierungen und die Regierung großer Schwellenländer sicherstellen, dass sie selbst möglichst wenig verlieren und andere den Hauptteil der Last übernehmen.

BESONDERS SCHWIERIGER PARTNER

Die Volksrepublik China erweist sich in diesem Zusammenhang als besonders schwieriger Partner. Indien ist ebenfalls ein wichtiger bilateraler Kreditgeber, hat sich aber mit Japan, Frankreich und anderen Ländern im Official Creditor Consortium (OCC) zusammengetan. Ende Juni einigte sich das OCC mit Sri Lanka auf ein Umschuldungsabkommen.

Die beiden wichtigsten chinesischen Kreditgeber sind die China Exim-Bank und die China Development Bank. Sie verhandeln jeweils einzeln mit der Regierung in Colombo. Es handelt sich um staatliche Institutionen, aber das Regime in Peking will sie als eigenständig behandelt sehen. Die Exim-Bank hat dem OCC-Beispiel folgend ein eigenes Abkommen mit Sri Lanka geschlossen, aber die Verhandlungen mit der Development Bank laufen weiter.

Der Hambantota Port zeigt exemplarisch, wie dramatisch Staatsschulden fehlgeschlagen können. Diese Geschichte ist alt. Der Hafen und die umliegende Infrastruktur wurden mit Geld von der Exim-Bank gebaut und 2010 eingeweiht. Der Containerverkehr blieb aber hinter den Erwartungen zurück, sodass Sri Lankas staatliche Hafengesellschaft schon bald die Kredite nicht mehr bedienen konnte. Daraufhin wurde die staatliche China Merchants Port Holding Company Limited (CMPort) zum Mehrheitseigner des Hafens und entscheidet nun 99 Jahre lang über Nutzung und Ausbau.

Andere Vorhaben schlugen ebenfalls fehl, darunter ein Flughafen und ein Cricketstadion. Fatal war, dass China sich bei der Kreditvergabe nicht für Fragen der Regierungsführung interessiert. Chinesische Staatsbanken finanzieren bereitwillig, was nationale Regierungen vorschlagen. Manche Protzprojekte der Rajapaksa waren ökonomisch sinnlos. Sie tragen nichts zum Gemeinwohl bei, sehr wohl aber zu dem Schuldenberg, der heute den Menschen das Leben schwer macht.

Dank der aktuellen Abkommen mit der OCC und der Exim-Bank muss Sri Lanka Kredite im Wert von 10 Milliarden Dollar nun später und zu niedrigeren Zinsen

zurückzahlen als ursprünglich vereinbart. Nachdem diese bilateralen Kreditgeber Konzessionen gemacht hatten, zeigte sich auch die private Finanzanlegergruppe zu Kompromissen bereit. Anfang Juli schloss sie einen Vertrag mit Sri Lanka, der Fristen verlängert, Zinsen senkt und sogar 28 Prozent der ausstehenden Schuld streicht. Sollte aber das Wirtschaftswachstum stärker ausfallen als erwartet, müsste die Regierung doch 85 Prozent des Nennwerts der Anleihen und nicht nur die gerade vereinbarten 72 Prozent erstatten.

Die verschiedenen Abkommen verschaffen Sri Lankas Regierung neuen Finanzspielraum. Sie ermöglichen aber nicht den Neustart, den ein Schuldenerlass bringen könnte. Besonders das Abkommen über die Staatsanleihen ist ambivalent, weil sein tatsächlicher Umfang sich erst noch erweisen muss.

Es bleibt zwar noch viel zu tun, aber Wickremesinghes Regierung hat ohne Zweifel einiges erreicht. Jedenfalls zahlt der IWF die nächste Tranche aus. Im Oktober stehen Wahlen an, und der Präsident kann den Wähler*innen sagen, es werde besser. Ihm zufolge musste Sri Lanka 2022 neun Prozent der Wirtschaftsleistung für den Schuldendienst aufbringen, aber diese Quote soll al-

lein wegen der bilateralen Abkommen von 2027 bis 2032 unter 4,5 Prozent fallen.

Ob die Dinge wirklich gut werden, statt nur besser, steht auf einem anderen Blatt. Dieses Jahr wird der Schuldendienst jedenfalls mehr als die Hälfte der Staatsausgaben Sri Lankas aufzehren. Manche Beobachter warnen, Schuldenprobleme seien nicht so sehr beendet wie vertagt. Offensichtlich steht auch jede Rupie, die aufgrund der Schulden ins Ausland fließt, für heimische Politik zur Erreichung der Entwicklungsziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs – Sustainable Development) nicht zur Verfügung.

Die aktuellen Entwicklungen Sri Lankas zeigen, dass ein Internationales Insolvenzverfahren für souveräne Staaten nützlich wäre. Es würde alle Kreditgeber in kohärente Verhandlung mit festen Regeln einbinden. Solch einen Mechanismus zu schaffen würde aber globalen Konsens erfordern – und der ist wenig wahrscheinlich in einer Zeit, in der China und westliche Länder sich zunehmend als systemische Gegner wahrnehmen (siehe Interview mit Vannessa Wannicke nächste Seite).

ARJUNA RANAVANA

ist ein Wirtschaftsjournalist aus Sri Lanka.
arjuna.ranawana@outlook.com

Abonnieren Sie E+Z auf WhatsApp

Folgen Sie diesem Link, um zu unserem WhatsApp-Kanal zu gelangen:

<https://www.whatsapp.com/channel/0029VadzDFx002T9AJLmq31U>



Wir werden hier unseren aktuellen Content und auch ältere, wichtige Beiträge teilen. Auch ein Quiz oder eine kleine Umfrage kann gelegentlich dabei sein.

INDUSTRIE

„Wir befinden uns in einem Systemwettbewerb mit China“

In einem Grundsatzpapier fordert der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Deutschland brauche eine Entwicklungspolitik, die unter anderem die geopolitische Bedeutung Chinas stärker berücksichtige. BDI-Referentin Vanessa Wannicke erläutert das im E+Z/D+C-Interview.

Vanessa Wannicke im Gespräch mit Hans Dembowski und Katharina Wilhelm Otieno

Was verstehen Sie unter strategischer Entwicklungspolitik?

Wir verstehen darunter eine Politik, die den Bedürfnissen unserer Partnerländer entspricht und gleichzeitig unseren eigenen geostrategischen Interessen dient. Es ist auch eine Frage der Glaubwürdigkeit, dass unsere Interessen möglichst transparent sind. Dabei kann es uns beispielsweise um den Zugang zu kritischen Rohstoffen gehen oder um strategische Diversifizierung, mit der wir Risiken breiter streuen.

Die Glaubwürdigkeit westlicher Länder steht immer wieder auf dem Spiel. Partnerländer haben sich über das Insistieren auf Patentschutz für Covid-19-Impfstoffe geärgert. Sie empfinden es als widersprüchlich, dass wir zwar auf Menschenrechte bestehen, aber Geflüchtete in dieser Hinsicht problematischen Ländern wie Tunesien, Ägypten oder der Türkei anvertrauen. Zugleich werben wir hemmungslos Fachkräfte aus ärmeren Ländern ab – zum Beispiel für das Gesundheitswesen, die dort auch gebraucht werden.

Ja, mit diesen Widersprüchlichkeiten müssen wir in unserer komplexen Welt offen umgehen. Und damit stehen wir nicht allein, sondern das geht unseren Partnern oft genauso. Für uns ist wichtig, zu diskutieren, wie wir durch private Investitionen vor Ort langfristig gute Arbeitsplätze schaffen können. Und wir hinterfragen, ob wir mit unseren teils recht kleinteiligen Projekten ausreichend effektiv agieren.

Wir finden: Enden die Projekte, enden zu häufig auch die Erfolge. Es braucht langfristige Programme und Investitionen. Andere Länder – vor allem China – machen das anders und bauen im großen Stil Infrastrukturen aus. Damit legen sie eine wichtige Grundlage für wirtschaftliche Entwicklung vor Ort.

Sollte Deutschland das auch tun?

Ja, und es geht nicht nur um Verkehrs-, sondern auch um Kommunikationsinfrastrukturen. Beispielsweise könnten Satellitenkonstellationen schnelles Internet in entlegene Regionen bringen und so den Zugang zu Bildung und Informationen verbessern. Leider werden solche Technologien in der deutschen Entwicklungszu-

sammenarbeit noch zu wenig eingesetzt. Deutschland sollte hier mutiger werden und Unternehmen gezielt einbeziehen. Auch in der Wasser- und Stromversorgung oder bei Krankenhausbau und -ausrüstung könnten deutsche Unternehmen viel leisten. Oft kommen sie aber nicht zum Zug, weil die Finanzierungs- und Ausschreibungsbedingungen ungünstig sind.

Woran denken Sie dabei?

Bei Vergabeverfahren in Entwicklungs- und Schwellenländern steht oft der Preis im Fokus und zu selten qualitative Kriterien. Dann können unsere Unternehmen mit subventionierten chinesischen Wettbewerbern nicht mithalten. Würden die einzuhaltenden arbeitsrechtlichen und ökologischen Standards eine stärkere Rolle spielen, wäre das anders. Ist der Ressourceneinsatz umweltschonend? Wie sind die Lebenszykluskosten? Werden örtliche Arbeitskräfte beschäftigt, oder wird vor allem eigenes, etwa chinesisches Personal eingesetzt?

Damit kaschiert die Volksrepublik Arbeitslosigkeit zu Hause, schafft aber keine afrikanischen Einkommen.



Die Magufuli-Brücke verbindet zwei Regionen Tansanias über den Viktoriasee und wird von der China Civil Engineering Construction Corporation (CCECC) gebaut.

Genau. Im Gegensatz dazu fördern deutsche Firmen traditionell und mit viel Engagement die berufliche Qualifikation. Im Maschinen- und Anlagenbau werden beispielsweise lokale Arbeitskräfte als Servicetechniker qualifiziert, um die Instandhaltung und Bedienung auch langfristig zu gewährleisten. Wir finden, dass solche Qualitätskriterien verbindlich zugrunde gelegt werden sollten, wenn öffentliche Stellen in Entwicklungs- und Schwellenländern mit internationaler Förderung Projekte ausschreiben. Die Bundesregierung sollte sich im Rahmen von Regierungsverhandlungen mit Partnerländern dafür einsetzen und bei Entwicklungsbanken auf die Einhaltung drängen.

Seit Langem heißt es, deutsche Unternehmen seien zu risikoscheu, um sich auf Afrika einzulassen. Soll die Bundesregierung Risiken etwa durch Hermesbürgschaften abfedern?

Exportkreditgarantien sind seit vielen Jahren ein sehr anerkanntes und in der Industrie viel genutztes Instrument. Als BDI fordern wir eine engere Verzahnung der Hermesbürgschaften mit der Entwicklungspolitik. Dafür müssten auch die beiden betroffenen Ressorts, das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), enger zusammenarbeiten. Es wäre gut, wenn Absicherungsmaßnahmen für Unternehmen systematisch in EZ-Projektbudgets einkalkuliert würden.

Grundsätzlich soll Entwicklungspolitik nicht mit Lieferbindungen die heimische Wirtschaft der Geberländer fördern.

Wir meinen, dass offener Bieterwettbewerb nicht mehr zeitgemäß ist. Auch Länder wie Japan, die USA und Frankreich nutzen die Spielräume für Lieferbindung. Schließlich entspricht es nicht deutschen und europäischen Interessen, China den Ausbau afrikanischer Infrastrukturen zu überlassen – und schon gar nicht, wenn das nach mit westlichem Geld finanzierten Ausschreibungen geschieht und nicht den höchsten Nachhaltigkeitskriterien entspricht.

Uns sollte klar sein: Nur wenn deutsche Unternehmen bei Vergaben wieder eine reale Chance haben, können sie sich für umweltschonende Verfahren oder die

Einhaltung von menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten vor Ort einsetzen.

China ist nun ein wichtiger Entwicklungsfianzierer und spielt in aktuellen Überschuldungskrisen eine zentrale Rolle. Es lehnt Schuldenerlasse aber vehement ab. Wie sollen westliche Regierungen damit umgehen?

Die Debatte um Überschuldungskrisen ist traditionell vielschichtig. Hier gibt es sehr unterschiedliche Interessen der Akteure und damit auch diskutierter Lösungen. Auch werden Schuldenerlasse aus geopolitischem Kalkül eingesetzt. Uns war es wichtig, einen bislang unterbelichteten Aspekt aufzuzeigen, nämlich wie sich hohe Staatsschulden auf die Geschäftsmöglichkeiten deutscher Exporteure auswirken: Werden Produkte deutscher Unternehmen von staatlichen Kunden in stark verschuldeten Ländern nachgefragt, scheitern diese Geschäfte zu häufig an den Auflagen des „Sustainable Lending“ der OECD. Die Vorgaben begrenzen die Kreditaufnahme staatlicher Einrichtungen. Hier müssten Unternehmen Zuschüsselemente aus dem Topf des BMZ erhalten. So könnten Projekte unbürokratisch vorangetrieben und verschuldeten Ländern Möglichkeiten eröffnet werden, um in dringend benötigte Infrastrukturen, Technologie, Bildung, saubere Energie und mehr zu investieren.

Ist China das große Problem, oder spüren Sie auch Wettbewerb aus anderen Schwellenländern?

Das Interesse an Afrika ist generell gewachsen. China ist sicher der wichtigste Player. Aber auch Russland, Indien, die Golfstaaten und die Türkei bauen ihren Einfluss systematisch aus. Die Länder des sogenannten globalen Südens haben damit die Wahl, mit wem sie zusammenarbeiten.

Wie soll die Ownership der Partnerländer gesichert werden? Ohne örtliche Eigenverantwortung sind Vorhaben oft nicht von Dauer.

Diese wichtige Frage verdient in Regierungsverhandlungen hohe Aufmerksamkeit. Aus Unternehmensperspektive ist sie aber relativ leicht zu beantworten: Unsere Firmen reagieren auf Angebot und Nachfrage. Wer etwa bei ihnen bestellt, wird Eigentümer und übernimmt Verantwortung. Am liebsten sind uns daher Geschäftsbeziehun-

gen zwischen privaten Akteuren ohne staatliche Einmischung. Gleichwohl gelingt es in Afrika an vielen Stellen nur mit gezielter staatlicher Risikoabsicherung.

Bei großen Infrastrukturprojekten geht es aber fast immer um öffentliche Aufträge, und das gilt besonders dort, wo es generell an Infrastrukturen mangelt.

Richtig. Hiesige Unternehmen könnten dabei viele wertvolle Beiträge leisten, aber von den Gesamtzusagen der deutschen bilateralen Entwicklungsgelder (Official Development Assistance – ODA) gehen nur rund sieben Prozent in klassische Infrastrukturen. Als Vergleich: Japan wendet ungefähr zwei Drittel seiner bilateralen Finanzzusagen für Energie-, Wasser- und Verkehrsinfrastrukturen auf.

Dem BDI-Grundsatzpapier zufolge soll gar kein ODA-Geld mehr nach China fließen. Ist es nicht doch sinnvoll, zur Sicherung von globalen öffentlichen Gütern wie etwa Klimaschutz die Volksrepublik gelegentlich gezielt zu unterstützen?

Lassen Sie es mich klar benennen: Wir befinden uns in einem Systemwettbewerb mit China, einem Land, das den Status des Entwicklungslandes längst verloren hat und uns vielmehr selbst im Innovationsbereich herausfordert. Daher sehen wir es sehr kritisch, wenn wir – gerade in Zeiten sinkender Haushaltsbudgets – ODA-Mittel an das Land vergeben. Wir fordern daher auch, chinesische Anbieter von öffentlichen Vergabeverfahren auszuschließen, die mit westlichen Entwicklungshilfegeldern finanziert sind. Das wäre nur konsequent, denn schließlich bindet auch China selbst seine Ausgaben größtenteils an die eigene Wirtschaft.

LINK

BDI, 2024: Zeit für eine entwicklungspolitische Zeitenwende.

<https://bdi.eu/publikation/news/zeit-fuer-eine-entwicklungspolitische-zeitenwende>



VANESSA WANNICKE
ist Referentin für
Internationale
Zusammenarbeit, Sicherheit,
Rohstoffe und Raumfahrt

beim Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) in Berlin.

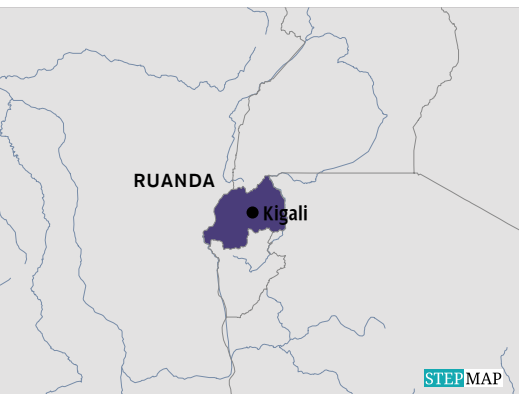
v.wannicke@bdi.eu

Eine Gesellschaft nach dem Völkermord versöhnen

Dreißig Jahre sind vergangen, seit Hutu in Ruanda einen Völkermord an der Minderheit der Tutsi verübten. In fast 100 Tagen wurden mehr als eine Million Tutsi ermordet. Das Gemetzel hinterließ ein Land in Hoffnungslosigkeit und Trauer. Doch Ruanda hat sich auf einen Weg der Versöhnung begeben. Dem Land ist es gelungen, die Gräben zwischen Täter*innen und Opfern zu überbrücken, was weltweit Bewunderung findet.

Die Regierung unter Präsident Paul Kagame hat viel für die Heilung des gesellschaftlichen Traumas getan. Sie führte sogenannte Gacaca-Gerichte ein, eine traditionelle Form der Gemeinschaftsjustiz, bei der Streitigkeiten durch Anhörungen unter freiem Himmel und unter Aufsicht von Ältesten beigelegt werden. Mit diesen Gerichten sollte die enorme Zahl der Verbrechen im Bürgerkrieg bewältigt werden.

In jüngerer Zeit führte die Regierung die Soziotherapie ein – ein psychosoziales Programm, das kleine Gruppen als therapeutisches Medium für Diskussionen und Versöhnung nutzt. Es nehmen sowohl Überlebende als auch Täter*innen teil. Die Gruppen von 10 bis 15 Personen treffen sich wöchentlich für etwa drei Stunden über einen Zeitraum von 15 Wochen an einen beliebigen Ort, etwa einer Kirche, in einem Privathaus oder auf einem Platz im Freien.



Mukaneza, eine Überlebende des Völkermords, gehört einer der Gruppen mit dem Namen „Mvura Nkuvure“ („lasst uns einander heilen“) an. Mukaneza beschreibt ihr erstes Gruppentreffen:

„Es war so schwer, mit denen, die den Völkermord begangen hatten, an einem Ort zu sein. Ich habe einfach geweint und bin gegangen. Die Moderatoren drängten mich jedoch, wiederzukommen. In der dritten Sitzung gestand einer der Teilnehmer, meine Schwester umgebracht zu haben. Ich fiel in Ohnmacht, als ich das hörte. Aber trotz des Schocks brachte mir die Nachricht einen Abschluss des Geschehens und den inneren Frieden, den ich brauchte.“

In Ruanda gibt es viele Menschen, die unter psychischen Problemen leiden, aber nicht genügend Fachleute, um ihnen zu helfen. Das Gemeinschaftsprogramm will diesen Mangel beheben. Durch den Austausch von Lebensgeschichten fördert die Gruppe das Vertrauen unter den Teilnehmenden und schafft ein Umfeld, in dem sie Zuwendung erfahren und soziale Isolation überwinden können.

Nsabimana, der für seine Taten im Gefängnis gesessen hat, sagt, es habe ihn befreit, die Morde zu gestehen, an denen er beteiligt war, die Orte zu nennen, an denen die Leichen entsorgt wurden – und anschließend um Vergebung zu bitten. „Nachdem ich an dem Programm teilgenommen habe, fühle ich mich in meiner Gemeinschaft akzeptiert“, sagt er.

Die Gruppensitzungen ermöglichen die Reflexion über die Ereignisse des Völkermords und helfen dabei, zu ermitteln, wie weit die Teilnehmenden auf dem Weg zur Heilung sind. „Mvura Nkuvure ermöglichte es mir, meine persönliche Geschichte zu erzählen. Ich hatte noch nie die Gelegenheit, über meine schlimmen Erlebnisse während des Völkermords zu sprechen. Früher litt ich unter chronischen Kopfschmerzen und Schlaflosigkeit, aber seit ich an dem Programm teilnehme, sind die Kopfschmerzen weg, und ich fühle mich viel leichter“, sagt Mukaneza.



STELLA TUSHABE
ist freiberufliche Autorin in Ruanda.

stellatush@gmail.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

65. Jg. 2024

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation.

Internet: www.DandC.eu

ISSN 2366-7249

Diese Digitale Monatsausgabe wurde am 25.07.2024 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

Wer sich an der Debatte beteiligen will, ist dazu herzlich eingeladen. Die Redaktion bittet, keine Beiträge unverlangt einzusenden, sondern Themenvorschläge zu machen. Wir bearbeiten Manuskripte nach journalistischen Kriterien und lassen die Beitragenden die redigierten Texte vor Veröffentlichung freigeben. Entsprechend bitten wir auch unsere Interviewpartner und -partnerinnen, den redigierten und gestrafften Wortlaut, den wir veröffentlichen, zu autorisieren.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH

Service für Entwicklungsinitiativen

Friedrich-Ebert-Allee 40

53113 Bonn

Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150

www.engagement-global.de

BEIRAT:

Selmin Çalışkan, Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge,

Prof. Dr. Katharina Michaelowa, Dr. Susanne Neubert, Bruno Wenn

VERLAG:

Fazit Communication GmbH

Geschäftsführer: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Pariser Straße 1

D-60486 Frankfurt am Main

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:

Dr. Hans Dembowski (DEM; Chefredakteur, V.i.S.d.P.),

Jörg Döbereiner (JD; CvD), Dr. Katharina Wilhelm Otieno (KO),

Dagmar Wolf (DW; Assistenz), Maren van Treel (MVT; Social Media)

Freiberufliche Mitarbeit: Sabine Balk (SB), Ronald Ssegujja Ssekandi

(Kolumne Heutzutage), Jan Walter Hofmann (Layout),

Eleonore von Bothmer (Übersetzung)

Tel. (0 69) 75 91-31 10

euz.editor@dandc.eu

Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit

und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die

FAZ Fazit Stiftung.

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

Fazit Communication GmbH

c/o Cover Service GmbH & Co. KG

Postfach 1363

D-82034 Deisenhofen

Tel. (0 89) 8 58 53-8 32

Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32

fazit-com@cover-services.de

DRUCK:

Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH

Kurhessenstraße 4–6

D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:

Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €,

Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).



Kultur-Spezial

Wie in jedem Sommer stellt die E+Z/D+C-Redaktion Bücher und Filme vor, die uns gut gefallen und die wir als Tipp empfehlen möchten. Die Werke haben einen entwicklungspolitischen Bezug, und wir würden uns freuen, wenn sie eine Anregung zum Lesen oder Anschauen geben. Dieses Jahr verteilen wir unser Kultur-Spezial auf zwei Digitale Monatsausgaben – im August und September.

LITERATUR

Eigene Vorurteile

Die Erzählung "Rezitativ" handelt von zwei Mädchen, Roberta und Twyla. Eine von ihnen ist schwarz, die andere weiß. Bis zum Schluss lässt die Autorin ihre Leser*innen im Unklaren darüber, wer von beiden wer ist. Eine Geschichte über Identität, Rassismus und Vorurteile.

Von Dagmar Wolf

Twyla und Roberta lernen einander im Alter von acht Jahren im St. Bonny's Kinderheim in den USA kennen. Sie sind keine Waisen wie die anderen Kinder, ihre schulischen Leistungen lassen zu wünschen übrig, und ihre Mütter, beide alleinerziehend, sind mit ihren Töchtern völlig überfordert – die eine, weil sie krank ist, die andere, weil sie die Nächte durchtanzt. So landen beide Mädchen für vier Monate in einem Heim, in dem sie sich ein Zimmer teilen müssen. Die eine ist schwarz, die andere weiß.

„Nebeneinander sahen wir aus wie Salz und Pfeffer“, sagt Twyla. Anfangs begegnen sich die beiden Mädchen mit Skepsis und Vorbehalt, geprägt durch ihr jeweiliges Elternhaus. „Meine Mutter hatte ja recht. Von Zeit zu Zeit hörte sie nämlich gerade so lange mit dem Tanzen auf, um mir etwas Wichtiges zu erklären, und

unter anderem hat sie mir erklärt, dass die sich nie die Haare waschen und komisch riechen. Wie Roberta.“ Doch dann werden sie Vertraute, denn sie sind die einzigen „abservierten“ Kinder im Heim, ohne „liebe verstorbene Eltern im Himmel“. Sie stehen somit ziemlich weit unten in der Waisenhaushierarchie. Unter ihnen ist nur noch das stumme Hausmädchen Maggie, das von allen gequält und verspottet wird und deren Geschichte sich wie ein roter Faden durch die ganze Erzählung zieht.

Nach 28 Tagen bekommen die beiden Mädchen Besuch von ihren Müttern – Robertas Mutter mit einem riesigen Kreuz um den Hals und einer Bibel unter dem Arm, Twylas Mutter in einer engen grünen Hose und einer löchrigen Felljacke. Twylas Mutter streckt Robertas Mutter die Hand entgegen, doch diese packt ihre Tochter und eilt hastig davon. Hat jetzt die weiße Frau der schwarzen den Gruß verweigert, oder hat die bigotte schwarze Frau der weißen Frohnatur die Hand verwehrt?

Acht Jahre später treffen sich die beiden wieder. Sie wohnen noch immer in der gleichen Stadt. Twyla arbeitet inzwischen in einem Diner hinter dem Tresen, hat Uniform und dicke, blickdichte Strümpfe an. Roberta ist aufgedonnert, in engen Shorts und in Be-

gleitung zweier bärtiger Jungs. Sie sind auf dem Weg zu Jimi Hendrix. Später begegnen sie sich noch einmal in einer Shoppingmall. Roberta hat inzwischen sehr reich geheiratet, Twyla ist mit einem Feuerwehrmann verheiratet und hat einen Sohn. Wieder Jahre später treffen sie bei einer Demonstration aufeinander. Weiße und schwarze Kinder sollen gemeinsam zur Schule gehen. Twyla ist dafür, Roberta dagegen.

Toni Morrison, die 1993 als erste schwarze Autorin den Literaturnobelpreis erhielt, spielt in ihrer Erzählung immer wieder mit rassistisch geprägten Vorurteilen, mit Codes, die auf die jeweilige Identität der Protagonistinnen hinweisen könnten. Man beginnt zu rätseln und versucht, anhand äußerlicher Indizien, verräterischer Sprache oder gesellschaftlicher Stellung der Hautfarbe der Figuren auf die Spur zu kommen. Doch es gibt keine verlässlichen Hinweise. Das, was plausibel erscheint, könnte auch ganz anders sein. Wer arm und unterdrückt ist, muss nicht notwendigerweise schwarz sein. Wer reich und gesellschaftlich angesehen ist, ist nicht automatisch weiß. Bis zum Schluss bleiben Leser*innen im Unklaren, wer von beiden die Schwarze und wer die Weiße ist.

Geschrieben hat Morrison diese – ihre einzige – Erzählung bereits 1983. Zu diesem Zeitpunkt war die Rassentrennung in den USA zwar per Gesetz seit 20 Jahren aufgehoben, die Diskriminierung der schwarzen Bevölkerung aber noch tief in der Gesellschaft verankert. Abwertung, Stigmatisierung und Rassismus zeigten sich nach wie vor in der Sprache.

Morrison's Erzählung wurde vor ein paar Jahren wiederentdeckt und erschien 2022 erstmals als Buch, mit einem Nachwort der britischen Schriftstellerin Zadie Smith, die unter anderem für ihre Beschäftigung mit Rasse, Religion und kultureller Identität bekannt ist. An Aktualität hat die Erzählung bis heute nichts verloren. Noch immer bestimmt ihre Hautfarbe mit, wie Menschen gesehen werden.

BUCH

Morrison, T., 2023: *Rezitativ*. Hamburg, Rowohlt.

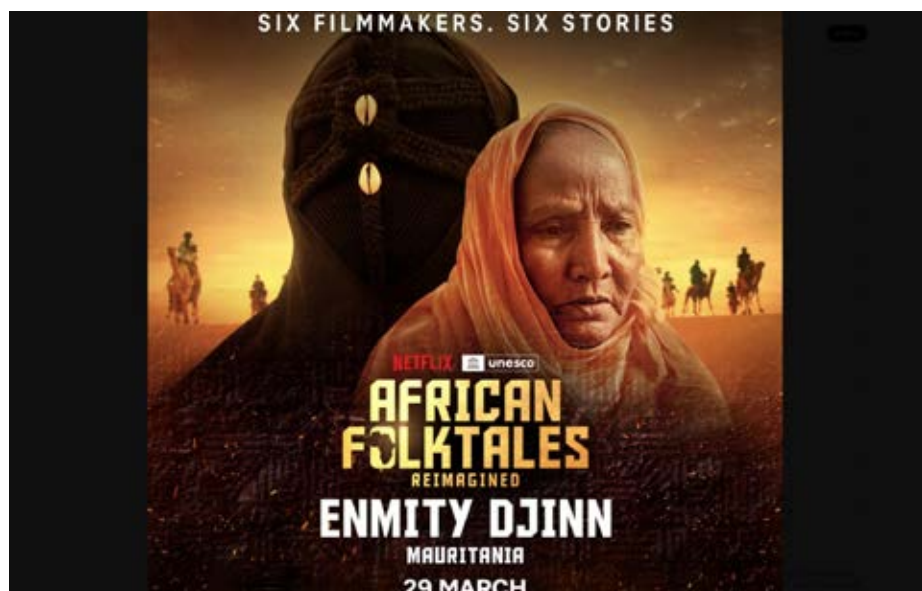


DAGMAR WOLF
ist Redaktionsassistentin bei
E+Z/D+C.

euz.editor@dandc.eu



Schwarze und weiße Schüler*innen in einem Schulbus 1973 in Charlotte, North Carolina.



„Der feindselige Dschinn“ ist einer von sechs Gewinner-Beiträgen eines Kurzfilmwettbewerbs von UNESCO und Netflix.

KURZFILME

Afrikas Mythen neu inszeniert

In einer Serie von Kurzfilmen interpretieren sechs junge afrikanische Regietalente überlieferte Erzählungen neu – und verknüpfen sie mit aktuellen gesellschaftspolitischen Themen wie häuslicher Gewalt, Zwangsheirat und der Rolle der Frau.

Von Jörg Döbereiner

Mamlambo ist eine reptilienartige Flusskreatur in der Überlieferung der südafrikanischen Zulu, ein böswilliges Geschöpf, das Menschen ins tiefe Wasser zieht und tötet. In ihrem gleichnamigen Kurzfilm interpretiert die südafrikanische Regisseurin Gcobisa Yako die Figur modern um: zu einem wohlwollenden weiblichen Wesen, das auf der Seite von Frauen steht, die Gewalt erfahren haben. Als sich die junge Amandla aus Verzweiflung einen Wasserfall hinabstürzt, wird sie von Mamlambo gerettet und lernt, dass genderbasierte Gewalt ein Problem erheblichen Ausmaßes ist.

Gemeinsam mit fünf weiteren Kurzfilmen bildet „Mamlambo“ die sechsteilige Drama-Serie „African Folktales Reimagined“, zu sehen seit 2023 auf der Streaming-

plattform Netflix. Junge Regisseur*innen aus Kenia, Mauretanien, Nigeria, Südafrika, Tansania und Uganda zeigen darin ihre eigenen Interpretationen tradierter Erzählungen und mythologischer Motive.

Da ist beispielsweise die Dystopie „Anyango und der Oger“ der kenianischen Regisseurin Voline Ogutu. Die frauenverachtende Gesellschaft darin ist zweigeteilt: Zu einem umzäunten Ort voller Reichtum und Überfluss haben nur junge Frauen Zutritt; sie sind festgelegt auf die Mutterrolle in der konventionellen Familie. In der Außenwelt dagegen leben ältere, marginalisierte Frauen in ärmlichen Umständen. Die Welt der Reichen ist aber nur scheinbar heil: Mit dem Märchen von einem Ehemann, der sich als Monster entpuppt, lenken sich drei Kinder davon ab, dass ihr Vater ihnen und ihrer Mutter Gewalt antut.

TALENTE AUS SUBSAHARA-AFRIKA

Die sechs Regisseur*innen haben einen Kurzfilmwettbewerb von UNESCO und Netflix gewonnen, der für Nachwuchstalente zwischen 18 und 35 Jahren aus Subsahara-

Afrika ausgeschrieben war. Ihre Ideen stachen aus mehr als 2000 Einsendungen hervor, sie gewannen je 25 000 Dollar und ein Produktionsbudget von 75 000 Dollar, um die Filme mit lokalen Produktionsfirmen umzusetzen. Die UNESCO möchte mit der Aktion junge Filmemacher*innen fördern und die kulturelle Vielfalt des Kontinents unterstützen.

Vielfältig sind auch die Genres innerhalb der Serie: In dem Science-Fiction-Drama „Halimas Wahl“ taucht eine junge Frau, die zwangsverheiratet werden soll, in eine virtuelle Welt ein; in dem Historienthriller „Katera von der Strafinself“ übt eine Frau Rache an einem grausamen Mann; und „Katope“ erzählt von der Begegnung eines Mädchens mit einem mysteriösen Regenvogel während der Trockenzeit.

Die Filme sind von unterschiedlicher Qualität. Besonders gelungen ist neben dem eingangs erwähnten „Mamlambo“ der Beitrag „Der feindselige Dschinn“ des mauretanischen Regisseurs Mohamed Echikoua über eine ältere Frau, die weiß, wie sie ihre Familie vor einem bösen Geist schützt.

„African Folktales Reimagined“ wirft ein Licht auf den kulturellen Schatz mündlicher Überlieferungen – und auf Nachwuchstalente der afrikanischen Filmbranche. In ihrer Sicht auf Mythologie und Gegenwart treffen Elemente von Fantasy und Science-Fiction auf teils drastisch dargestellte Gesellschaftskritik. Die Unterdrückung der Frau in der patriarchalen Gesellschaft wird mehrmals thematisiert. Eine neue Generation afrikanischer Filmschaffender zeigt eindrucksvoll, dass sie sich nicht scheut, heiße gesellschaftspolitische Eisen anzufassen.

KURZFILME

Netflix und UNESCO, 2023: African Folktales Reimagined. FSK 16. Filme und Regisseur*innen:

Katera von der Strafinself (Loukman Ali, Uganda, 28 min); Halimas Wahl (Korede Azeez, Nigeria, 24 min); Anyango und der Oger (Voline Ogutu, Kenia, 18 min); Der feindselige Dschinn (Mohamed Echikoua, Mauretanien, 19 min); Katope (Walt Mzengi, Tansania, 14 min); Mamlambo (Gcobisa Yako, Südafrika, 21 min).



JÖRG DÖBEREINER
ist Chef vom Dienst bei E+Z/
D+C.

euz.editor@dandc.eu



Historisches Porträt von Jind Kaur.

ROMAN

Die letzte Königin

Maharani Jind Kaur war in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine mächtige Widersacherin des britischen Empire in Südasiens. Sie war die letzte souveräne Monarchin im Punjab, einem damaligen Sikh-Königreich. Ein historischer Roman von Chitra Banerjee Divakaruni erzählt ihre Lebensgeschichte.

Von Hans Dembowski

Jind Kaur's Schicksal nahm drastische Wendungen. Sie kam aus einfachen Verhältnissen, wurde aber die jüngste Frau des Maharadschas Ranjit Singh. Nach dessen Tod stieg sie selbst zur Herrscherin auf und regierte an Stelle ihres Sohnes, der mit fünf Jahren Maharadscha wurde. Von den für ihre militärischen Traditionen berühmten Sikhs, die seinerzeit im Punjab dominierten, wurde sie akzeptiert und unterstützt.

Jind Kaur regierte von 1843 bis 1847, als das britische Empire nach dem Sieg über die Sikh-Armee die Kontrolle übernahm. Die Kolonialmacht trennte die Königin von ihrem Sohn Duleep und brachte sie aus Furcht vor einem möglichen Aufstand unter ihrer Führung in ein abgelegenes Gefängnis. Ihr gelang jedoch die Flucht und Nepals König gewährte ihr Asyl.

Duleep Singh blieb auch nach 1947 formell Maharadscha von Punjab, aber die Macht wurde nun von einem britischen Beamten in Lahore ausgeübt. Später schickte die Kolonialmacht den jungen Monarchen ins Exil nach England, wo ihn Queen Victoria offiziell zum Freund der königlichen Familie machte. Seine Mutter war keine Gefahr mehr und durfte ihm nach England folgen. Dort starb sie 1863 im Alter von 45 Jahren.

Die Bestsellerautorin Chitra Banerjee Divakaruni veröffentlichte 2021 ihren fiktionalen Bericht über das Leben von Jind Kaur unter dem Titel „The Last Queen“. Sie war nicht die letzte südasiatische Frau, die Macht von ihrem Ehemann oder Vater erbe. Jind Kaur ist somit eine Vorgängerin von Indira Gandhi, Benazir Bhutto oder Sheik Hasina. Diese waren Töchter von Premierministern und gelangten jeweils selbst an die Spitze von Indien, Pakistan und Bangladesch. Obwohl die Gesellschaften des Subkontinents männlich dominiert sind, spielen Familienbande eine wichtige Rolle.

Divakaruni stammt aus Kalkutta und lehrt als Professorin an der University of Houston kreatives Schreiben. Die Erfolgsautorin hat sich schon mit einer Bandbreite

an Themen auseinandergesetzt – von der feministischen Neuerzählung indischer Mythen über die Erfahrungen der südasiatischen Diaspora in den USA bis hin zu Fantasyromanen für Kinder. In ihrer fiktiven Biografie von Jind Kaur hält sie sich an die grundlegenden historischen Fakten, nutzt aber ihre Fantasie, um die Gefühle und persönlichen Interaktionen der Protagonistin zu beschreiben. Dass einige der Figuren frei erfunden sind, verschweigt sie nicht.

Das Buch ist leicht zu lesen. Die Handlung ist nachvollziehbar, die Geschichte berührend und der historische Kontext faszinierend. Die Frage stellt sich jedoch, ob Divakarunis Erzählung auf modernen Vorstellungen von Geschlechterrollen und weiblicher Selbstbestimmung beruht, statt die Gefühls- und Gedankenwelt von Frauen im Punjab vor 200 Jahren authentisch abzubilden. So beschreibt sie zum Beispiel die Beziehung von Jind Kaur zu den anderen Ehefrauen des Maharadschas. Mit einer Freundin sie sich an, und diese entschließt sich später mit Begeisterung dafür, mit ihrem toten Ehemann auf dem Scheiterhaufen verbrannt zu werden. Im Roman versucht Jind Kaur sie davon abzuhalten. Die andere Maharani ist allerdings fest entschlossen und Opium sorgt schließlich für einen weitgehend schmerzlosen Flammentod.

Ob die Autorin das Selbstverständnis von Frauen in einem südasiatischen Harem des 19. Jahrhunderts zutreffend charakterisiert, ist nicht klar, aber auch nicht sonderlich wichtig. Wer einen Roman schreibt, hat die Freiheit, Ideen so zu vermitteln, wie es passt. Romane sind nicht dazu da, absolute historische Wahrheit zu präsentieren.

Divakaruni liefert ihrem Publikum eine spannende Biografie der letzten souveränen Herrscherin des Punjab. Das Buch hilft, die Erinnerung an Jind Kaur zu bewahren, und leistet somit einen wertvollen Beitrag zur Gendergerechtigkeit. Dass Frauen in der Geschichte viele wichtige Rollen spielten, bleibt oft unterbelichtet.

BUCH

Divakaruni, C. B., 2021: The Last Queen. Gurugram, Haryana, HarperCollins India.



HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von **E+Z/ D+C**.

euz.editor@dandc.eu

LITERATUR

Die Kraft schwarzer Autorinnen

1992 veröffentlichte die in Ghana geborene Herausgeberin, Autorin und Kritikerin Margaret Busby den Band „Daughters of Africa“, eine Würdigung des Werks von 200 schwarzen Autorinnen aus aller Welt. 2019 folgte der Band „New Daughters of Africa“. Eine Auswahl von 30 Stimmen daraus wurde nun auch auf Deutsch veröffentlicht.

Von Dagmar Wolf

In Margaret Busbys 2019 erschienener Anthologie „New Daughters of Africa“ schreiben schwarze Autorinnen über Traditionen, Freundschaft, Geschlechter- und Identitätspolitik, über Rassismus und Diskriminierung, aber auch über „Sisterhood“ und gegenseitige Solidarität.

Für die im letzten Jahr erschienene deutsche Ausgabe „Neue Töchter Afrikas“ hat Margaret Busby gemeinsam mit einem Team schwarzer Frauen eine Auswahl von 30 Texten getroffen, unter anderem Gedichte, Essays und Kurzgeschichten, die in einer Zeitspanne von 100 Jahren entstanden sind. Herausgegeben wurde der deutsche Band von Christa Morgenrath und Eva Wernecke im Rahmen der Literatur- und Bildungsreihe „stimmen afrikas“.

Andaiye, eine in Guayana geborene und 2019 im Alter von 76 Jahren verstorbene

Schriftstellerin, beschäftigte sich mit linker Frauenpolitik in der Karibik und international. Ihre Erzählung „Audre – Da ist Rosmarin, das ist zum Andenken“ widmete sie der schwarzen US-amerikanischen Schriftstellerin und Aktivistin Audre Lorde, die 1992 an Krebs verstorben ist. Andaiye schildert darin den Umgang mit ihrer eigenen Krebserkrankung und erzählt von der Unterstützung durch andere Frauen, insbesondere aber durch Lorde. Gegenseitig sprechen sie sich Mut zu, helfen sich, wenn die Krankheit ihnen jede Kraft raubt. Im Gegensatz zu Lorde schaffte es Andaiye zweimal, den Krebs zu besiegen.

Die in London geborene Malorie Blackman, deren Eltern aus Barbados stammen, schreibt unter anderem Kinder- und Jugendbücher. In „Briefe“ schreibt sie an ihre Tochter und berichtet über den schlimmsten Tag ihres Lebens, der sich im Nachhinein als der beste entpuppt. Nach der Diagnose, dass sie schwerkrank ist und nicht älter als 30 wird, hat sie nichts mehr zu verlieren und entscheidet sich für das, was ihr Kraft gibt und sie erfüllt: Schreiben.

Die Diagnose stellt sich als Fehldiagnose heraus. „Was ich also viele verschwendete Jahre lang für den schlimmsten Tag meines Lebens hielt – zufällig mit anzuhören, dass ich sterben würde –, entpuppte sich als der beste Tag meines Lebens. Er nahm mir die

Angst, mich zu verändern.“ Ihre Tochter ist noch zu jung, um all das zu verstehen, daher die Briefe, in denen sie die Tochter ermutigt, ihren eigenen Weg zu gehen.

In „Sicherheit“ erzählt Yvette Edwards, deren Werke für Literaturpreise in England und den USA nominiert wurden, über die demütigende Konfrontation mit einem Sicherheitsmann im Supermarkt. Merle will eigentlich nur ein paar Kleinigkeiten für die Reise kaufen, bevor am nächsten Tag ihr Abschiebeflug nach Jamaika geht. Er nimmt sie immer wieder ins Visier, folgt ihr durch die Gänge. Ausgerechnet sie mit ihren 78 Jahren, die seit über 54 Jahren in England lebt, über 40 davon als Altenpflegerin gearbeitet hat und immer bemüht war, sich korrekt zu verhalten, wird regelmäßig vom Sicherheitsdienst wie eine Diebin verfolgt – und nun abgeschoben (den Grund für ihre Abschiebung erfährt man nicht). Ihr Zorn kocht hoch, sie spielt mit dem seinem Akzent nach aus Osteuropa stammenden Sicherheitsmann, provoziert ihn, verfolgt ihn. Am Ausgang kann sie nicht umhin, ihm zuzuraunen: „Heute bin ich es, aber morgen werden sie hinter dir her sein.“

In ihrer Erzählung „Daheim“, beschreibt die burundische Aktivistin und Schriftstellerin Ketty Nivyabandi, die sich vor allem für soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte einsetzt, die schmerzhafteste Sehnsucht geflüchteter Menschen nach ihrer Heimat. 2015 war sie, nachdem sie in Gitega Frauenproteste angeführt hatte, zur Flucht aus ihrer Heimat Burundi gezwungen. „Du lernst, dich selbst zu verlernen“, schreibt Nivyabandi. „Du lernst, weil die Alternative zu schmerzhaft ist, denn sich zu erinnern – sich wirklich zu erinnern – bedeutet Kummer, doch dein weit gedehntes Herz kann sich nicht weiter dehnen. (...) Manchmal, in einer barmherzigen Nacht, geht der Mond über meiner Veranda auf wie früher. An solchen Abenden schließe ich meine Augen – und bin daheim.“

BUCH

Morgenrath, C., Wernecke, E., Hg., 2023: *Neue Töchter Afrikas*. 30 Stimmen. Münster, Unrast Verlag.



DAGMAR WOLF
ist Redaktionsassistentin bei
E+Z/D+C.

euz.editor@dandc.eu



Margaret Busby bei der Verleihung des Booker Prize 2023 in London.



Die US-Botschafterin spricht an der Universität von Ghana über Frieden und Ernährungssicherheit.

BILDUNG

Pädagogik für Afrikas Zukunft

Afrika ist vielfältig, und seine Probleme sind entsprechend komplex. Sie erfordern innovative Lösungen. Bildung, insbesondere Hochschulbildung, ist der Schlüssel, um das Potenzial des Kontinents nachhaltig zu nutzen.

Von Cecilia Y. Ojemaye und Lesley Green

Entwicklung hängt weltweit entscheidend von Bildung ab, und nirgendwo zeigt sich das stärker als in Afrika. Angesichts der vielen Herausforderungen und Chancen wird es immer wichtiger, die Art der Wissensvermittlung neu zu denken und anzupassen, um den Bedürfnissen der Gesellschaft Rechnung zu tragen. In diesem Beitrag stellen wir zentrale Strategien für eine Pädagogik der Nachhaltigkeit im afrikanischen Hochschulsystem vor.

Nachhaltigkeit ist das Herzstück jeder sinnvollen Entwicklung, und sie umfasst sowohl ökologische als auch soziale und wirtschaftliche Aspekte. Dies gilt auch für Entwicklungspläne wie die UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs – Sustainable Development Goals) und die Agenda 2063 der Afrikanischen Union.

Doch in aktuellen Diskussionen wird die Umwelt oft nicht als zentraler Akteur dargestellt, sondern als Problem. Nötig ist

deshalb ein neuer Ansatz, der Umweltbewusstsein in den Bildungsalltag integriert. Studierende und künftige Führungskräfte müssen das nötige Wissen, die Fähigkeiten und Werte verinnerlichen, um eine nachhaltigere Entwicklung zu fördern.

Eines der Hauptziele unseres Bildungsansatzes ist es deshalb, ein tieferes Verständnis für Nachhaltigkeit zu schaffen. Die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Bereiche sind miteinander verwoben, deshalb müssen wir fachliche Grenzen überwinden und interdisziplinäre Lernansätze fördern. Das ermöglicht es Studierenden, komplexe Herausforderungen umfassend zu verstehen.

Eine Pädagogik der Nachhaltigkeit sollte Methoden anwenden, die auf aktives Lernen und eigene Erfahrungen setzen. Dazu gehört es, Gemeinschaften von vornherein bei der Entwicklung von Ansätzen einzubinden. Lernende bekommen so die Gelegenheit, ihr Wissen konkret auf Probleme in ihren lokalen Gemeinschaften anzuwenden und Veränderungen unmittelbar anzustoßen. Wenn sie im Austausch mit ihnen stehen und die Realität vor Ort kennen, werden ihre Lösungsansätze tendenziell besser den Bedürfnissen der Menschen entsprechen.

Der Fokus auf lokale Themen sollte sich auch in einer anderen Wissenserzeugung und -vermittlung widerspiegeln. Den Anfang sollte ein Bewusstsein für Verantwortung und Ethik machen, das Gemeinschaften einbezieht, neue Ideen zulässt und bürgerschaftliches Engagement fördert.

Bildungseinrichtungen in Afrika sollten sich verpflichten, eine Pädagogik der Nachhaltigkeit in ihre Lehrpläne und ihr operatives Geschäft zu integrieren. Sie sollten Kurse überarbeiten, neue interdisziplinäre Programme entwickeln und auch den Campus nachhaltiger managen. Universitäten können nicht mit Nachhaltigkeit werben und zugleich die Umwelt belasten – oder sich auf ihre Funktion als Orte für Wissensproduktion zurückziehen und ihre gesellschaftliche Verantwortung leugnen.

In Subsahara-Afrika waren 2021 laut Weltbank nur 9,4 Prozent (etwa 9 Millionen Studierende) der entsprechenden Altersgruppe an Hochschulen eingeschrieben. Der globale Durchschnitt liegt mit 38 Prozent deutlich höher. Subsahara-Afrika investiert 21 Prozent seiner öffentlichen Bildungsausgaben in den tertiären Bildungsbereich. Um dort eine Pädagogik der Nachhaltigkeit zu etablieren, bedarf es des gemeinsamen Engagements von Regierungen, Bildungseinrichtungen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Privatsektor.

Zusammengenommen entsteht so ein vielversprechender Ansatz, um Afrikas Entwicklung nachhaltig voranzutreiben. Allein reicht er jedoch nicht aus. Wir brauchen eine neue Vision davon, wie wir lernen und leben wollen, und das erfordert gemeinsames Engagement und Handeln. Die Entwicklung zukünftiger Generationen in Afrika hängt davon ab.



CECILIA Y. OJEMAYE
ist wissenschaftliche
Mitarbeiterin des Forschungs-
clusters Environmental
Humanities South (EHS) der

Universität Kapstadt.
cecilia.ojemaye@uct.ac.za



LESLEY GREEN
ist Professorin für Erdpolitik
und leitet das
Forschungscluster EHS an
der Universität Kapstadt.

lesley.green@uct.ac.za

PROTESTE

Kenia explodiert

Seit Wochen erlebt Kenia eine Welle von Protesten, angeführt von jungen Menschen und ausgelöst durch ein unpopuläres Finanzgesetz. Die Eskalation war vorhersehbar. Was sich in Kenia abspielt, zeigt, was passiert, wenn die Schuldenkrise aus dem Ruder läuft.

Von Isaac Sagala

Präsident William Ruto reagierte auf die Proteste mit drastischen Maßnahmen: Er zog das umstrittene Gesetz zurück und entließ fast sein ganzes Kabinett. Doch die Proteste dauern an, vor allem junge Menschen gehen auf die Straßen (siehe Alba Nakuwa und Shakira Wafula auf Seite 23 bzw. 24 in dieser Ausgabe). Mehr als fünfzig Menschen sind bereits ums Leben gekommen, Hunderte wurden verletzt. Viele weitere sind laut Menschenrechtsorganisationen entführt worden.

Dass es so weit gekommen ist, sollte niemanden überraschen. Kenia war bereits hochverschuldet, als Ruto im August 2022 an die Macht kam. Die Auslandsschulden betragen mit 62 Milliarden Dollar rund 67 Prozent des kenianischen Bruttoinlandsprodukts (BIP).

Der frühere Präsident Uhuru Kenyatta hatte sowohl im Inland als auch bei kommerziellen Geldgebern, China, den USA, Saudi-Arabien, der Weltbank und dem IWF, hohe Kredite aufgenommen. Die Regierung finanzierte mit den Mitteln riesige

Infrastrukturprojekte, darunter die Standard Gauge Railway (SGR) von Nairobi nach Mombasa und rund 11 000 Kilometer an belebtesten Straßen.

Die Kredite waren mit hohen Zinsen verbunden. Anders als geplant, brachten die Infrastrukturprojekte nicht die erwarteten Einnahmen, um die Kredite zurückzuzahlen. Bereits 2021 vereinbarte Ex-Präsident Kenyatta deshalb mit dem IWF ein 38-monatiges Schuldenentlastungsprogramm, das an strikte Bedingungen geknüpft war: höhere Steuern, gekürzte Subventionen und reduzierte Staatsausgaben. Mehr als die Hälfte der Staatseinnahmen fließt derzeit in die Schuldentilgung.

Das geht zulasten von Entwicklungsprojekten, Bildungssystem und Gesundheitswesen. Erst im März streikte rund die Hälfte aller kenianischen Ärzt*innen und legte das Gesundheitssystem lahm. Auch Schulen öffneten wegen fehlender Mittel nach den Ferien verspätet. Und die vielerorts marode Infrastruktur konnte den starken Regenfällen der letzten Regenzeit nicht standhalten; hunderte Menschen starben bei Überschwemmungen (E+Z berichtete in der Digitalen Monatsausgabe 06/24).

STEUERN STREICHEN

Das Finanzgesetz, das das Fass zum Überlaufen brachte, bestimmt über die Haushaltsausgaben der Regierung und wird vor Beginn eines Finanzjahres dem Parlament vorgelegt.

Für 2024/25 plante die kenianische Regierung, 2,7 Milliarden Dollar durch zusätzliche Steuern einzunehmen, um das Haushaltsdefizit zu verringern und neue Schulden zu vermeiden. Die Staatsverschuldung Kenias beträgt mittlerweile 68 Prozent des BIP.

Neue Steuern wurden auf Finanztransaktionen und Grundnahrungsmittel wie Brot, Pflanzenöl und Zucker erhoben. Eine neue Fahrzeugregistrierungssteuer von 2,5 Prozent des Fahrzeugwertes und eine „Ökoabgabe“ auf zuvor steuerbefreite Produkte wie Damenbinden und Windeln sorgten bei vielen Menschen für Empörung – viele Kenianer*innen leben seit Jahrzehnten in Armut.

Die Menschen gehen auch wegen der ausufernden Korruption und Verschwendung öffentlicher Gelder auf die Straßen. Bei ordnungsgemäßer Verwendung könnten diese Millionen die Staatsverschuldung erheblich verringern. Vielen führenden Politiker*innen wird vorgeworfen, einen opulenten Lebensstil im Internet zur Schau zu stellen, der auf einem fragwürdigen, innerhalb von zwei Jahren im Amt plötzlich erworbenen Vermögen beruht.

Viel Wut richtet sich auch gegen den IWF, denn die Demonstrierenden wissen, dass die Regierung im Wesentlichen die Bedingungen seines Notkredits erfüllt. Doch die Situation ist komplizierter als bei früheren afrikanischen Schuldenkrisen. Kenia schuldet auch chinesischen Institutionen und privaten Gläubigern riesige Summen.

Ruto steht nun am Scheideweg: Er sagt, nach der Ablehnung der umstrittenen Reform müsse seine Regierung weitere 7,6 Milliarden Dollar leihen, um den Staatshaushalt zu finanzieren. Dies würde das Land um zwei Jahre zurückwerfen.

Angesichts der Forderungen nach seinem Rücktritt macht Ruto nach Zugeständnissen an die jungen Menschen ein tapferes Gesicht. Er steht vor der schwierigen Aufgabe, ein völlig neues Kabinett zu ernennen. Das Vertrauen der Öffentlichkeit in ihn ist jedoch schwer beschädigt.

Es ist unwahrscheinlich, dass Ruto zurücktreten wird. Die Protestierenden wollen weiter auf die Straße gehen.



ISAAC SAGALA
ist Journalist und Radiotrainer.
Er lebt in Nairobi.

bwanasagala@gmail.com



Protestierende in
Nairobi.

Bleiben Sie mit unserem Newsletter zu wichtigen Themen auf dem Laufenden. Wir versenden ihn einmal im Monat sowohl auf Deutsch als auch auf Englisch. Die Anmeldung zum Newsletter ist kostenfrei auf www.dandc.eu.





Junge Frauen zeigen ihre markierten Finger als Zeichen ihrer Teilnahme an den indischen Parlamentswahlen im Juni.

SCHWERPUNKT

Junge Menschen

Sexualaufklärung darf nicht der Porno-Industrie überlassen werden

Von Mahwish Gul (S. 21)

Revolution online

Von Alba Nakuwa (S. 23)

Kenia funktioniert für junge Leute nicht

Interview mit Shakira Wafula (S. 24)

Wie Boko Haram Jugendliche rekrutiert

Von Adaze Okeaya-inneh (S. 26)

Jugendliche mit Sportprogrammen fördern

Von Katharina Wolf und Jens Elsner (S. 28)

Ostafrikas Jugend engagiert sich für Frieden

Von Lawrence Kilimwiko (S. 30)

Karrierechancen für junge Leute in Indien

Von Roli Mahajan (S. 31)

Wie Jugendliche in der MENA-Region ihre Zukunft sehen

Von Konstantin Auwärter (S. 33)

TEENAGER

Pornos bieten keine Sexualekunde

Viele junge Menschen weltweit erhalten sexuelle Aufklärung allenfalls online – aber diese Pornographie hilft nicht weiter und ist potenziell schädlich.

Von Mahwish Gul

Weltweit steigt die Internetabhängigkeit. Laut Internationaler Fernmeldeunion haben inzwischen etwa zwei Drittel der Weltbevölkerung Zugang zur dieser erst seit 30 Jahren existierenden Infrastruktur. Han-

hätten monatlich mehr Besucher als Netflix, Amazon und Twitter zusammen. Damals waren Netflix und Twitter allerdings neu. Die Einschätzungen zu diesen Statistiken variieren zwar, aber der Artikel wird nach mehr als zehn Jahren immer noch diskutiert. Sexuelle Inhalte sind ein unbestreitbares Merkmal des Onlinelebens und für alle mit Internetzugang relativ leicht verfügbar.

Wir leben in einem digitalen Zeitalter. Was wir online konsumieren, prägt unser Verständnis, unsere Wahrnehmung, Mei-

sondern auch, um sich zu informieren. Leider fehlt es vielen jungen Menschen weltweit an alternativen Informationsquellen.

Forschende warnen, dass früher Kontakt mit Pornografie langfristig schaden kann. Pornokonsum in der Jugend hängt oft zusammen mit früher sexueller Aktivität und mehr Partner*innen, aber geringerer Zufriedenheit in der Beziehung. Pornos verzerren oft die Erwartungen, sie korrelieren aber mit der Akzeptanz von Frauenfeindlichkeit und überholten Geschlechterstereotypen.

All dies kann unzufrieden machen und in Beziehungen Ängste auslösen. Es überrascht wenig, dass auch sexuelle Funktionsstörungen teils mit übermäßigem Pornokonsum zusammenhängen.

Ein weiteres Problem ist ungewollter Kontakt mit Pornografie. Laut einem kürzlich im Australian and New Zealand Journal of Public Health erschienenen Aufsatz haben fast die Hälfte (46,2 Prozent) der jungen Männer und mehr als die Hälfte der jungen Frauen (55,7 Prozent) erstmals sexuelle Inhalte gesehen, ohne es zu wollen – was oft schockierend für sie war.

SUCHTPOTENZIAL

Diese Entwicklungen haben eine Debatte darüber ausgelöst, wie sich Pornoseiten auf sexuelle Entwicklung, Sexualverhalten und allgemeine Persönlichkeitsentwicklung auswirken. Zudem können sowohl Internet als auch Pornos süchtig machen – wobei die eine Abhängigkeit die andere verstärkt.

Die Lösung scheint klar: Verboten einfach Internetpornografie! Das klingt einfach, ist aber nicht machbar.

Bedenken hinsichtlich Grundfreiheiten und Zensur sind wichtig, aber in diesem Fall zweitrangig. Entscheidend ist die globale Natur des Internets, die es einem einzelnen Land oder einer Gruppe von Ländern unmöglich macht, Verbote zu verhängen. Und selbst wo dies möglich ist, wäre es kaum effektiv. Der technologische Fortschritt – von verschlüsselten Inhalten bis hin zu Peer-to-Peer-Netzen oder virtuellen privaten Netzwerken – vereitelt Bemühungen, den Zugang zu Inhalten zu beschränken. Durch Verbote entstehen zudem oft unregulierte Schwarzmärkte, die kaum zu überwachen sind.

Die Lösung ist nuancierter: Nötig ist eine umfassende Sexualeziehung (siehe



Seriöse sexuelle Aufklärung ist essenziell.

del, Unterhaltung, politische Interaktion, Bildung und Sozialisierung hängen zunehmend von Onlineinformationen und -Interaktionen ab.

Pornografie ist ein unterschätztes Webphänomen. Sie macht geschätzt 12 Prozent der weltweit aktiven Websites aus. Die Huffington Post schrieb 2013, Pornoseiten

hätten monatlich mehr Besucher als Netflix, Amazon und Twitter zusammen. Damals waren Netflix und Twitter allerdings neu. Die Einschätzungen zu diesen Statistiken variieren zwar, aber der Artikel wird nach mehr als zehn Jahren immer noch diskutiert.

Studien zufolge können Pornos sexuelle Praktiken und Einstellungen beeinflussen und riskantes Verhalten – auch sexuelle Gewalt – begünstigen, besonders bei jungen Menschen. Sexuell explizite Inhalte werden aber nicht nur zur Stimulanz aufgerufen,

Kasten) kombiniert mit einer Verbesserung der Medienkompetenz. Eltern und Schulen müssen sich dieser Herausforderung stellen. Leider können beide Seiten nicht davon ausgehen, dass die jeweils andere es gut macht. Sex ist in vielen Gesellschaften ein Tabu, und das Internet ist ein relativ junges und wenig erforschtes Phänomen.

Sexualerziehung ist wichtig, weil Sex Jugendliche naturgemäß interessiert. Sie brauchen Aufklärung über reproduktive Gesundheit, aber auch über die psychologische Dimension intimer Beziehungen. Sie sollten wissen, dass Pornografie sexuelle Phantasien abbildet – mit übertriebenen Bildern und einem engen Fokus auf das, was im echten Leben nur einen Bruchteil der komplexen Interaktionen von Paaren ausmacht. Nur offene und ehrliche Diskussionen über Sexualität und Beziehungen können das Verständnis für Zustimmung,

Grenzen und potenzielle Risiken fördern, das junge Menschen brauchen, um Verantwortung für ihr eigenes Wohlergehen zu übernehmen.

Zudem ist Medienkompetenz essenziell, um online fundierte Entscheidungen zu treffen. Das gilt nicht nur in Bezug auf Sex. Es braucht Wissen und kritisches Denken, um sich in der digitalen Welt zurechtzufinden. Kindersicherungen und Tools zur Altersüberprüfung sind keine Lösung. Sie können nur bedingt Schaden begrenzen.

Digitale Angebote können durchaus der Sexualerziehung dienen, wenn sie umfassende und vielfältige Informationen beinhalten. Sie können Privatsphäre und Nutzerfreundlichkeit bieten und so Scham und Unbehagen von Lernenden und Lehrenden mindern, argumentiert etwa Global Partnership on Comprehensive Sexuality

Education. Einige Forschende halten Porno-Webseiten sogar für potenziell geeignet, ernsthafte Sexualerziehung anzubieten, weil sie stark frequentiert werden – noch ist dem aber nicht so.

Die Bewältigung der Komplexität von Sex und Internet liegt letztlich darin, Bildung, Empowerment und verantwortungsbewusstes Erwachsensein zu kombinieren. Wer medienkompetent ist, findet wichtige Informationen besser – und wer sexuell gut aufgeklärt ist, kann besser mit Pornos umgehen.



MAHWISH GUL

ist eine Beraterin aus Pakistan. Sie lebt in Nairobi und hat sich auf Entwicklungsmanagement spezialisiert.

mahwish.gul@gmail.com

Angriff auf ein Menschenrecht

Umfassende Sexualerziehung sei ein Menschenrecht und ein menschliches Bedürfnis, schreiben María Lohan und Alejandra López in einem Bericht für UNESCO und UNFPA von 2023, für den sie die internationale Studienlage untersuchten. Sie kamen zu dem Schluss, dass gute sexuelle Aufklärung gegen negative gesundheitliche Auswirkungen hilft, etwa Gewalt in der Partnerschaft, HIV und ungewollte Schwangerschaft.

Besonders Mädchen benötigen eine gute Sexualerziehung – schließlich können sie schwanger werden. Es liegt auf der Hand, dass erfolgreiche Familienplanung und Verhütung zusammenhängen. Da viele Frauen als Teenager heiraten, ist Aufklärung schon in der Schule nötig. In vielen Kulturen verlangen Konventionen, dass Frauen Männern gehorchen, was Missbrauch begünstigt.

Erfahrungsgemäß können sich junge Frauen besser schützen, wenn sie mittels Sexualerziehung über Geschlechterstereotype aufgeklärt wurden.

Umfassende sexuelle Aufklärung ist international oft entweder nicht vorhanden, umstritten oder auf dem Rückzug. Laut einem UNESCO-Bericht von 2021 gab es nur in 85 von 155 untersuchten Ländern einschlägige Strategien oder Gesetze. Die Umsetzung wird darin allgemein als schwach beschrieben, auch wegen unzureichender Lehrpläne und fehlender Lehrkräfte. Auch dieses Papier betont, Sexualerziehung helfe, ungewollte Schwangerschaften und sexuell übertragbare Krankheiten zu reduzieren. Es empfiehlt, Eltern, Schulbeamte, religiöse Autoritäten, Medien und junge Menschen in die Förderung der Sexualerziehung einzubeziehen.

In vielen Entwicklungsländern steht Sexualerziehung überhaupt nicht auf der öffentlichen Agenda. In Europa werde sie von Rechtspopulist*innen torpediert, warnte der Europarat. Irreführende Propaganda behauptet, Minderjährigen werde unmoralisches Verhalten beigebracht.

Tatsächlich lernen Jugendliche durch sexuelle Aufklärung natürlich nicht, Sex zu haben, sondern ein verantwortungsvolles, sicheres und erfülltes Erwachsenenleben zu führen.

In den USA ist die Zahl der Schulen, die Unterricht zur Prävention sexuell übertragbarer Krankheiten (STD) vorschreiben, zwischen 2000 und 2014 um etwa zehn Prozentpunkte gesunken. HIV-Prävention wurde sogar nur noch an 41,1 Prozent statt an 64 Prozent der Schulen gelehrt.

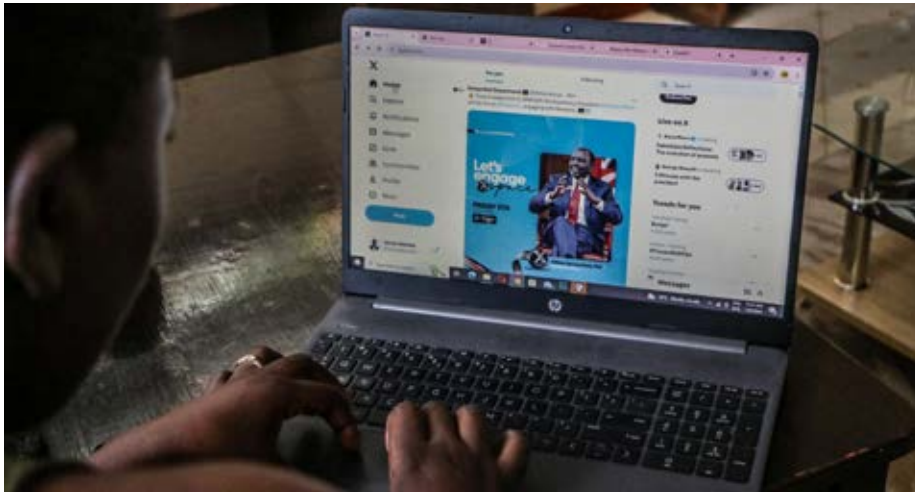
Im Westen gewann Sexualerziehung in den 1960er- und 1970er-Jahren an öffentlichem Zuspruch, auch aus Sorge vor Teenagerschwangerschaften.

Das Ziel war, junge Menschen über die Funktionsweise ihres Körpers zu informieren und über Folgen ihres Handelns aufzuklären. Man hatte eingesehen, dass die traditionelle Moral überholt war – und sich die Menschen ohnehin nie wirklich danach gerichtet hatten.

Die USA gehörten zu den Ersten, die Programme zur Sexualkunde in die formale Schulbildung integrierten. In den 1990er-Jahren wurden aber Ansätze wie „Abstinenz bis zur Ehe“ wichtiger. Eine aktuelle Metastudie zu Meinungsumfragen kam allerdings zu dem Ergebnis, dass die US-Öffentlichkeit Sexualerziehung weiterhin befürworte. MG

LINK

Lohan M., López, A., 2023: **Comprehensive sexuality education. An overview of the international systematic review evidence.** UNESCO Digital Library.
https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000385849_eng



Präsident Ruto erklärte sich bereit, online mit der Jugend zu sprechen.

JUGENDPROTESTE

Revolution online

In den letzten Wochen ist es in den großen Städten Kenias zu massiven Protesten gekommen, die durch die Unzufriedenheit über das Finanzgesetz 2024 ausgelöst wurden. Die Menschen auf der Straße sind fast ausschließlich junge Menschen, die eine politische Bewegung bilden, wie sie das Land noch nie gesehen hat. Präsident William Ruto hat das Gesetz inzwischen zurückgezogen, aber die Jugendlichen haben nicht die Absicht, aufzuhören, und fordern weitreichendere Reformen – vorzugsweise eine neue Regierung.

Von Alba Nakuwa

Der Gesetzentwurf sollte die Steuern auf Alltagsprodukte wie Damenbinden, digitale Transaktionen, mobile Daten, Brot und Speiseöl deutlich erhöhen. Millionen von Kenianer*innen leben in Armut und wären davon besonders betroffen (siehe Isaac Sagala auf Seite 18 dieser Ausgabe).

Zunächst äußerten junge Menschen ihren Unmut online vor allem auf Plattformen wie WhatsApp, X, TikTok und Instagram. Ende Juni gingen sie dann erstmals auf die Straßen. Die Proteste wuchsen schnell. Nachdem sich Tränengas und Wasserwerfer als unwirksam gegen die zunächst friedliche Menge erwiesen hatten, schoss

die Polizei am 25. Juni in der Innenstadt von Nairobi mit scharfer Munition. Tausende Demonstrierende stürmten daraufhin das Parlamentsgebäude und setzten es teilweise in Brand. Mindestens 50 Menschen starben seither im darauffolgenden Chaos und bei weiteren Demonstrationen, Hunderte wurden verletzt.

AUFSTIEG DER „HUSTLER-NATION“

Präsident Ruto hat schließlich den Forderungen nachgegeben und die geplanten Steuererhöhungen gestoppt. Doch die Demonstrierenden, überwiegend Millennials und aus der Generation Z, geben sich damit nicht zufrieden. Sie fordern weitreichende Reformen, darunter massive Kürzungen der Staatsausgaben, der Gehälter von Politiker*innen – und den Rücktritt von Ruto und seiner Regierung. Und tatsächlich löste Ruto zur Überraschung vieler Mitte Juli sein Kabinett auf.

Das Land ist in Aufruhr. Die Mehrheit in Kenia ist jung, das Durchschnittsalter liegt bei 19 Jahren. Ruto sammelte in den letzten Wahlen Stimmen, indem er während seines Wahlkampfs Kenia als „Hustler-Nation“ junger, fleißiger Menschen beschwor und Arbeit versprach. Doch die versprochenen Jobs blieben aus, die Wirtschaft steckt

wegen hoher Schulden und Inflation in einer nicht endenden Krise – und die Jugend fühlt sich betrogen und ist wütend.

Mit den Demonstrationen erobert sich die Jugend nun ein Stück Handlungsmacht zurück. Dennis Ndolo, ein Fußballschiedsrichter in den Mittzwanzigern, bezeichnet die Proteste als Highlight, an das er sich lange erinnern werde. Seiner Meinung nach ist es wichtig, dass die Jugend zusammenhält. „Es gibt keine Führung, niemanden aus der Politik oder sonst jemanden, der den Weg weist. Und zum ersten Mal spielt bei einer Bewegung in Kenia die ethnische Herkunft keine Rolle“, sagt er. „Wir marschieren als Kenianer*innen.“

Die Bewegung hat sich dafür entschieden, keine Führungspersönlichkeiten zu entsenden, um mit der Regierung zu sprechen, nachdem der Präsident sie dazu aufgefordert hatte. So soll verhindert werden, dass Einzelne eingeschüchtert, bestochen oder entführt werden oder die Opposition die Bewegung für sich vereinnahmen kann. Prominente Unterstützer*innen hat die Bewegung dafür viele – darunter Vertreter*innen von Universitäten, Straßenaktivist*innen oder Influencer*innen. Eine von ihnen haben wir auf der nächsten Seite interviewt.

Nach der Weigerung, direkt mit dem Präsidenten zu sprechen, entschied sich die Bewegung für eine Gegeneinladung und bat Ruto zu einem anonym moderierten Onlinegespräch. Anders als erwartet stimmte der Präsident dem zu und sprach mit den jungen Menschen über X Spaces, der Live-Gesprächsfunktion auf der Plattform X (ehemals Twitter) – eine Premiere für Kenia und vermutlich für den gesamten Kontinent.

Der unerwartete Erfolg der Demonstrationen lässt sich zumindest teilweise auf die digitalen Kenntnisse der Demonstrierenden und ihre Kreativität und Innovation bei der Nutzung digitaler Plattformen zurückführen. Sie verbreiten Informationen über die Proteste, senden live von den Demonstrationen, erstellen virale Memes und Videos und mobilisieren so mehr Menschen. Sie verstehen die Macht von Plattformen wie X, Instagram, YouTube, Facebook und TikTok.



ALBA NAKUWA
ist freie Journalistin aus dem Südsudan. Sie lebt in Nairobi.

albanakwa@gmail.com

JUGENDBEWEGUNGEN

„Ich bin wütend, weil Kenia für viele nicht funktioniert“

Die Jugend Kenias geht seit Wochen gegen die Regierung auf die Straße. Die Studentin Shakira Wafula wurde fast unfreiwillig zu einem Gesicht der Bewegung. Im Interview spricht sie darüber, was junge Menschen in Kenia antreibt.

Shakira Wafula im Interview mit Katharina Wilhelm Otieno

Was hat dich dazu bewogen, dich den Jugendprotesten in Kenia anzuschließen?

Nun, es war das Finanzgesetz 2024 (siehe Isaac Sagala auf Seite 18 dieser Ausgabe). Ich interessierte mich vorher nicht wirklich für das, was in der Politik passierte.

Dann sah ich, dass die öffentlichen Beteiligungsforen, in denen sich Bürger*innen zum Finanzgesetz äußern konnten, völlig ignoriert wurden, und begann zu recherchieren, was das Gesetz genau beinhaltete. Natürlich war ich mir über den traurigen Zustand unseres Landes im Klaren.

Die Lebenshaltungskosten sind in die Höhe geschossen. Die Gesundheitsdienste sind schlecht. Das öffentliche Bildungssystem funktioniert nicht. Vielerorts fehlt es an sanitären Einrichtungen, sauberem Wasser und Strom. Als ich sah, wie viel Geld für den Luxus der politischen Klasse ausgegeben wurde, anstatt den Bedürfnissen der Menschen zu dienen, wurde ich wütend.

Kenia hat mit Schulden zu kämpfen und muss die Staatseinnahmen erhöhen.

Ja, aber die Staatsausgaben sind unausgewogen. So wurde zum Beispiel viel Geld für die Renovierung des Präsidentensitzes ausgegeben. Auch das Büro der First Lady erhält Haushaltsmittel, obwohl sie nicht gewählt wurde.

In den sozialen Medien wurde errechnet, was dieses Geld bewirken könnte. Normalerweise hat die Öffentlichkeit die Möglichkeit, Dinge zu diskutieren, bevor ein Gesetzentwurf in Kraft tritt. Da unsere Einwände völlig ignoriert wurden, sind wir

auf die Straße gegangen. Vom ersten Tag an erlebten wir Feindseligkeit von Seiten der Polizei und Arroganz von Seiten der Parlamentsabgeordneten.

Ich bin wütend, weil Kenia für viele seiner Bürger*innen nicht funktioniert. Es funktioniert nur für einige wenige in der politischen Klasse, die nur sich selbst dient, anstatt unser aller Leben zu verbessern.

Was heißt es, in Kenia jung zu sein?

Ich bin 30 Jahre alt, was in Kenia noch jung ist. Wer aus der Mittelschicht kommt, hat einige Möglichkeiten, sich zu entwickeln, soziale Unterstützung, kann seine Grundbedürfnisse befriedigen und sich eine Ausbildung leisten.

Aber sobald man zum Beispiel die Universität verlässt, gibt es kaum Arbeit. Und um die wenigen Stellen, die es gibt,

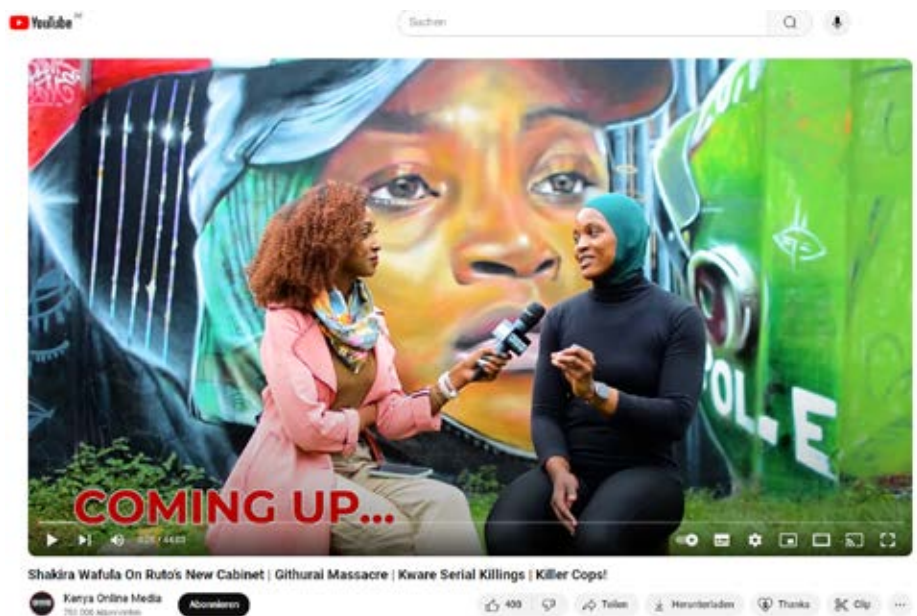
zu bekommen, muss man jemanden kennen oder bestechen. Trotzdem bedeutet die Zugehörigkeit zur Mittelschicht, dass man privilegiert ist, denn auch ohne Arbeit muss man nicht hungern, weil man von seiner Familie oder anderen unterstützt wird.

Gleichzeitig gibt es in Kenia viele junge Menschen aus armen Verhältnissen, die kaum ihren Lebensunterhalt bestreiten können, geschweige denn eine gute Ausbildung erhalten. Und dann hören wir, dass die Regierung die Steuern erhöhen will, sogar auf Grundnahrungsmittel wie Brot und Speiseöl.

Von denen, die die Möglichkeit dazu haben, entscheiden sich viele dafür, das Land zu verlassen. Aber ich denke, als Kenianer*innen sollten wir die Möglichkeit haben, hierzubleiben und das Beste aus unserem Leben zu machen.

Ein Video, das dich bei den Protesten zeigt, ging viral. Du hast einen Polizeibeamten zur Rede gestellt. Dadurch wurdest du zu einem Gesicht der Bewegung. Wie ist das passiert, und wie hast du dich gefühlt, als du dem Polizisten gegenüberstandst?

Es war am zweiten Tag der Proteste. Am ersten Tag war ich von Polizisten in Zivil verhaftet worden, nachdem ich von meiner



Shakira Wafulas mutiges Auftreten während der Proteste hat ihr seitdem viele Medienauftritte eingebracht – und ein riesiges Graffiti von ihr. Dies ist ein Screenshot aus einem ihrer jüngsten Interviews.

Clique getrennt worden war. Wir gehen aus Sicherheitsgründen immer als Gruppe. Ich wurde geschlagen und getreten und bis 20 Uhr auf der zentralen Polizeistation festgehalten. Zu diesem Zeitpunkt gelang es der unabhängigen Law Society of Kenya, die Freilassung von uns allen – wir waren viele – auszuhandeln.

Am nächsten Tag war ich wegen dieses Erlebnisses sehr wütend. Dann wurde ich wieder von drei Polizisten angesprochen, und sie schienen bereit, mich zu schlagen. Ich fragte mich, warum die Polizei auf der falschen Seite steht. Sie sollte doch ihre Mitbürger*innen unterstützen.

Ich hatte Angst, aber ich sagte ihnen, dass die Proteste der Unterstützung unserer Nation dienen und dass ich eigentlich auch da war, um ihre Rechte zu verteidigen. Ich hatte Glück, dass die Leute gefilmt haben. Ich weiß nicht, was sie sonst mit mir gemacht hätten. In dieser Nacht veröffentlichte Larry Madowo von CNN den Clip, und er ging viral. Meine Schwester bemerkte es sofort und markierte mich, aber ich sagte ihr, sie solle die Markierung entfernen. Ich wollte nicht damit in Verbindung gebracht werden.

Am nächsten Tag hatten die Leute trotzdem irgendwie beschlossen, dass ich ein Gesicht des Protests geworden war. Schon bald sagten mir die Leute bei Kundgebungen: „Wir sind hier, weil wir dieses Video gesehen haben.“ Ich bin also froh, dass ich die Leute inspiriert habe.

Jetzt hast du dich entschieden, die Rolle anzunehmen, und angefangen, Fernsehinterviews zu geben. Machst du dir Sorgen um deine Sicherheit?

Ja, das tue ich. In diesem Moment wohne ich bei einem Freund, weil man mich vielleicht zu Hause sucht. Ich gehe auch nicht mehr so regelmäßig in das Fitnessstudio, in dem ich als Trainerin arbeite. Mir wurde gesagt, dass ich anscheinend auf einer Liste von Personen stehe, an denen die Sicherheitskräfte interessiert sind.

Ich habe einen kleinen Sohn zu Hause. Ich habe der Person, die auf ihn aufpasst, gesagt, sie solle im Haus bleiben und ihn nicht draußen spielen lassen. Es ist beängstigend, aber ich versuche, mich nicht von der Angst überwältigen zu lassen.

Welche Rolle spielen die sozialen Medien bei den Protesten?

Die Weitergabe von Informationen ist die Schlüsselrolle der sozialen Medien. Hätten sich bestimmte Personen nicht dazu entschlossen, die Öffentlichkeit über die Geschehnisse zu informieren, wären viele Menschen im Dunkeln geblieben.

Einige Leute haben Beiträge und Memes verfasst, um auf einfache Weise zu erklären, was die Regierung vorhat und was sie besser machen könnte. Die sozialen Medien dienen auch als Schutz für uns Demonstrierende. In meinem Fall wusste die Polizei, dass die Situation gefilmt wurde. Aber es wurde auch Schaden angerichtet. Einige haben sich in Systeme gehackt und

„Von denen, die die Möglichkeit dazu haben, entscheiden sich viele dafür, das Land zu verlassen. Aber ich denke, als Kenianer*innen sollten wir die Möglichkeit haben, hierzubleiben und das Beste aus unserem Leben zu machen.“

Adressen, Firmen und Handynummern von Abgeordneten veröffentlicht, die für das Finanzgesetz gestimmt hatten. Einige gingen leider so weit, dass sie Firmeneinrichtungen zerstörten oder die Wohnungen von Abgeordneten angriffen. Andere riefen sie ununterbrochen auf Privatanschlüssen an.

Aber alles in allem glaube ich nicht, dass wir so viel erreicht hätten, wenn wir die sozialen Medien nicht genutzt hätten. Ich denke, die Regierung weiß das auch, denn es gab einen Punkt, an dem die Internetverbindung blockiert war.

Inwiefern unterscheiden sich die jüngsten Proteste von den bisherigen?

Die Atmosphäre war feindselig. Die Polizei schien auf Blut aus zu sein. Wenn sie Tränengas einsetzt, zielt sie normalerweise nicht auf Personen, sondern lässt die Kanister fallen und irgendwo explodieren. Letzte Woche richteten sie Tränengaspistolen auf die Menschen. Sie feuerten zudem wahllos Gummigeschosse und scharfe Munition ab.

Es ist bestürzend, dass die Regierung nicht auf die Bürger*innen hört, sondern beschlossen hat, mit solcher Brutalität zu regieren.

Wie wird sich die Protestbewegung noch entwickeln? Wird sie irgendwann eine Führung wählen müssen? Wie wird sie sicherstellen, dass sie relevant bleibt?

Ich frage mich, wie wir die Proteste fortsetzen können, denn sie sind nicht mehr so wirkungsvoll wie bisher. Immer mehr Menschen werden verletzt oder sogar getötet.

Die Regierung lädt nun zum Dialog ein. Ich fürchte jedoch, dass dies eine Strategie ist, die immer wieder angewandt wird. Sie suchen sich ein paar Leute aus, schütteln ihnen die Hand, und diese Leute beginnen, persönlich von ihren neuen Bekanntschaften zu profitieren. Man kommt ihnen entgegen, und für alle anderen geht es weiter wie bisher.

Wir wollen diese Art von Dialog also nicht. Was wir brauchen, ist offensichtlich, aber die Regierung dreht sich im Kreis. Wir haben das Gefühl, dass uns momentan nichts anderes übrig bleibt, als uns in Form von Protesten zu äußern. Aber angesichts der Brutalität der Regierung fürchte ich, dass wir in der Zwickmühle stecken. Es ist wichtig, dass wir uns weiterhin online treffen, um uns zu überlegen, wie es weitergehen soll.

Wie geht es weiter in Kenia?

Ich habe das Gefühl, dass es eine Menge Grauzonen gibt. Es ist nicht ganz klar, ob das Finanzgesetz wirklich vollständig zurückgezogen wurde. Es wurde jetzt durch das Bewilligungsgesetz ersetzt. Und das Bewilligungsgesetz konzentriert sich nicht so sehr darauf, wie die Regierung zusätzliches Geld bekommen wird. Es wird immer noch eine Menge Geld verschwendet.

Das Kabinett wurde offiziell entlassen, aber es gibt Grund zu der Annahme, dass dieselben Personen zurückkehren werden, vielleicht auf andere Kabinettsstellen. Präsident William Ruto hat bewiesen, dass man ihm nicht trauen kann.

Es ist an der Zeit, die Nation von Grund auf neu aufzubauen, mit Werten und Systemen, von denen wir überzeugt sind, dass sie funktionieren werden, unabhängig davon, wer im Amt ist.



SHAKIRA WAFULA
studiert Sportwissenschaften und ist eine engagierte Bürgerin Kenias.
sftermined@gmail.com

ISLAMISMUS

Rekrutierung Jugendlicher durch Boko Haram verhindern

Die Terrorgruppe verbreitet im Norden Nigerias ihre extremistischen Ansichten über den Islam mit brutaler Gewalt. Ungebildete junge Leute ohne Zukunftsperspektive fallen ihrer Propaganda leicht zum Opfer. Regierungsbehörden und zivilgesellschaftliche Organisationen müssen mit lokalen Gemeinschaften zusammenarbeiten, um Boko Haram entgegenzuwirken.

Von Adaze Okeaya-inneh

Weltweit nutzen extremistische Gruppen das menschliche Grundbedürfnis nach Gemeinschaft aus, um junge Menschen für ihre Organisationen zu gewinnen. Ein bekanntes Beispiel ist Boko Haram, ein islamistisches Terrornetzwerk, das im Nordosten Nigerias und in benachbarten Ländern aktiv ist. Der Name bedeutet so viel wie „westliche Bildung ist verboten“ und bezieht sich auf die Lehren von Mohammed Yusuf, der die Gruppe bis zu seiner Ermordung 2009 anführte. Die Mitglieder bezeichnen sich selbst nicht als Boko Haram. Unterschiedliche Lager der Gruppe verwenden verschiedene Namen.

Anfangs prangerte Boko Haram die grassierende Korruption und die Misswirtschaft der staatlichen Stellen, insbesondere im Nordosten Nigerias, an. Mit steigender Gewaltbereitschaft ihrer Mitglieder machte sich die Gruppe aber zunehmend als regierungsfeindliche Sekte einen Namen.

Ihr Ziel ist es, die eigene Vision eines islamischen Staates durchzusetzen – und das erfordert Personal. Wie andere Terrorgruppen weltweit rekrutiert Boko Haram vor allem Jugendliche, hauptsächlich aus Nigeria und den Nachbarländern Niger, Tschad und Kamerun.

Die Mehrheit dieser jungen Menschen kommt aus benachteiligten Verhältnissen und wurde vernachlässigt. Das macht sie empfänglich für Indoktrination. Da sie öffentlich nicht besonders auffallen, setzt die Terrorgruppe sie als Spione, Selbstmordat-

tentäter und Kuriere ein. Sie bringt ihnen auch oft das Kämpfen bei.

Das Internet ist inzwischen zur wichtigsten Plattform geworden, über die Boko Haram und andere extremistische Organisationen Mitglieder rekrutieren und Menschen radikalisieren. Sie verbreiten ihre Terrorpropaganda über Chatrooms, Videos, Literatur und Gruppen, auch auf Social-Media-Plattformen wie WhatsApp, Facebook und X. Indem sie die Interessen junger Menschen analysieren und eine Vertrauensbasis schaffen, findet die Terrorgruppe einen Weg in ihre Köpfe.

Einige Mitglieder treten dazu Onlinegruppen bei oder gründen scheinbar harmlose Gruppen für Themen wie Arbeit, Geschäftliches oder Religion, um das Verhalten der Nutzer*innen zu beobachten. So identifizieren sie Personen, die für Extremismus anfällig sind oder damit sympat-

thisieren, und passen ihre Botschaften entsprechend an.

Eine weitere wirksame Strategie von Boko Haram ist Radikalisierung. Die Terrorgruppe verzerrt religiöse Forderungen und zielt auf junge Menschen ab, die religiösen Autoritäten vertrauen und die heiligen Schriften nicht selbst studieren. Ihre Mitglieder infiltrieren Koranschulen, Moscheen, Gefängnisse, Märkte und Fußballplätze. Einige Jugendliche glauben daher, Boko Haram verrichte „Gottes Werk“. Andere kommen zu Boko Haram durch Familienmitglieder, die der Gruppe angehören. Wieder andere machen mit, weil sie Rache fürchten.

Boko Haram nutzt gezielt zerrüttete Familienstrukturen aus. Die Gruppe benutzt Jugendliche und Kinder aus zerbrochenen Familien, Waisen und verlassene Kinder für Waffenhandel oder Botengänge. Auch ist bekannt, dass Boko Haram brutale Gewalt anwendet, um neue Mitglieder zu rekrutieren, darunter die willkürliche Entführung von Schulkindern (siehe Kasten).

BEGÜNSTIGENDES UMFELD

Wirtschaftliche und soziale Faktoren begünstigen, dass sich junge Menschen Boko Haram anschließen und an religiös moti-



Ehemalige Boko-Haram-Kindersoldaten nahmen 2020 an einem von der EU finanzierten Reintegrationsprogramm teil.

vierter Gewalt beteiligen. Hohe Armut und Arbeitslosigkeit bei niedrigem Bildungsniveau schaffen ein günstiges Umfeld für die Terrorgruppe. Sie propagiert ihre religiöse Ideologie als Allheilmittel zur Lösung gesellschaftlicher Missstände. Andere westafrikanische Länder kämpfen mit ähnlichen sozioökonomischen Problemen wie der Norden Nigerias, mit vergleichbaren Folgen für die Bereitschaft junger Menschen, sich Aufständischen anzuschließen, beispielsweise in Mali, Niger und Burkina Faso.

Viele Kinder im schulpflichtigen Alter gehen nicht zur Schule. Die Alphabetisierungsrate ist niedrig. Können junge Menschen aber nicht lesen und schreiben, fällt es ihnen tendenziell schwerer, die Narrative extremistischer religiöser Gruppen zu hinterfragen.

Boko Haram lockt Jugendliche zudem mit finanziellen Anreizen, verspricht etwa Arbeit und zinslose Kredite. Das Terrornetzwerk unterstützt auch Familien von „Märtyrer*innen“, Rekrut*innen und Veteran*innen.

Wie viele Jugendliche genau von Boko Haram rekrutiert werden, ist nicht bekannt – nicht zuletzt, weil es in Nigeria keine genauen Bevölkerungsdaten gibt. UNICEF schätzt, dass Boko Haram und andere bewaffnete Gruppen zwischen 2009 und 2022

Tausende Kindersoldaten in Nigeria rekrutiert haben.

Boko Haram besteht hauptsächlich aus arbeitslosen Männern. Unter den Mitgliedern sind jedoch auch Frauen und einflussreiche Personen. Das Netzwerk finanziert sich durch Entführungen und Raubüberfälle, aber auch durch religiös motivierte Spenden und finanzielle Unterstützung von internationalen Terrorgruppen.

MASSNAHMEN GEGEN DIE REKRUTIERUNG

Die nigerianische Regierung und andere Akteure sollten Maßnahmen ergreifen, um die Rekrutierung junger Menschen durch Extremist*innen zu verhindern. Bildung muss im Norden Nigerias an erster Stelle stehen. Junge Menschen, die lesen und schreiben können und gelernt haben, selbstständig zu denken, sind weniger anfällig für Terrorpropaganda. Gemeinden und Regierung müssen sicherstellen, dass Bürger*innen die Werte und Vorteile der westlich geprägten Bildung verstehen.

Im Zentrum steht die Förderung einer friedlichen und toleranten Koexistenz. Diese Botschaft sollte breit gestreut werden, von Kunst und Medien bis hin zu Bürgerversammlungen. Radikalen Botschaften muss entgegengewirkt werden.

Arbeitsplätze zu schaffen muss ebenfalls Priorität haben. Die Regierung sollte Förderprogramme zur beruflichen Qualifizierung auflegen, um jungen Menschen eine Perspektive zu geben. Alle haben eine Chance verdient, der Armut zu entkommen. Sie brauchen menschenwürdige Arbeit, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können und nicht auf die Finanzierung durch extreme Gruppen angewiesen zu sein.

Auf Gemeindeebene braucht es gut finanzierte, zivilgesellschaftlich organisierte Programme für besonders gefährdete Kinder. Kein Waise und kein Kind aus einer zerrütteten Familie sollte mehr der Rekrutierung durch Terrorist*innen zum Opfer fallen.

Dazu müssen Regierungsbehörden und zivilgesellschaftliche Organisationen mit lokalen Verantwortlichen und Familien zusammenarbeiten. Nur gemeinsam können sie das soziale und wirtschaftliche Gefüge stärken, das die leichte Rekrutierung Jugendlicher in Nigeria durch Boko Haram und andere extremistische Gruppen verhindert.



ADAZE OKEAYA-INNEH
ist Journalistin und
Drehbuchautorin in Lagos.

adazeirefunmi@gmail.com

Schulentführungen

Die islamistische Terrororganisation Boko Haram setzt im Norden Nigerias und in anderen Regionen verschiedene Mittel ein, um ihre extremistische Propaganda zu verbreiten. Sie nimmt dabei junge Menschen in besonderer Weise ins Visier (siehe Haupttext). Auch vor brutaler Gewalt schreckt sie nicht zurück, wie wiederholte Angriffe auf Schulen zeigen. Mehrmals kam es zu Massenentführungen. In den vergangenen 15 Jahren wurden im Nordosten Nigerias Hunderte von Schulen zerstört oder mussten schließen.

Dieses Jahr jährt sich die Entführung von 276 Mädchen aus einer Sekundarschule in Chibok im Bundesstaat Borno zum zehnten Mal. Während einige Mädchen freigelassen wurden oder fliehen konnten, befinden sich 82 von ihnen laut der Menschenrechtsorganisation Amnesty International noch immer in Gefangenschaft.

Seit der Schulentführung von Chibok hat Amnesty International mindestens 17 Fälle von Massenentführungen dokumentiert, bei denen mindestens 1700 Kinder von Bewaffneten aus ihren Schulen verschleppt

wurden. Viele der Opfer wurden schwer misshandelt, vergewaltigt und zwangsverheiratet. Oft sind sie gezwungen, zwischen zwei schrecklichen Optionen zu wählen: sich den Terrorist*innen anzuschließen oder getötet zu werden.

„Es ist schockierend, dass die nigerianischen Behörden in den zehn Jahren seit der Schulentführung von Chibok keine Lehren gezogen und keine wirksamen Maßnahmen ergriffen haben, um Angriffe auf Schulen zu verhindern“, erklärte Isa Sanusi, Leiterin von Amnesty International in Nigeria, im April in einer Presseerklärung. Sie forderte die Behörden auf, die Rückkehr der verbleibenden 82 entführten Chibok-Schüle-

rinnen in ihre Heimat sicherzustellen. Außerdem forderte sie, die Schulen besser zu schützen. Die mutmaßlichen Straftäter sollten vor Gericht gestellt werden und die Opfer Zugang zu Rechtsmitteln haben.

Infolge der Chibok-Entführung riefen die nigerianische Regierung, der UN-Sonderbeauftragte für globale Bildung, Gordon Brown, und ein Zusammenschluss nigerianischer Geschäftsleute im Mai 2014 eine Initiative ins Leben, um die Schulen sicherer zu machen. Die Umsetzung habe sich jedoch durch Bürokratie und Korruption verzögert, beklagt Amnesty. Dies habe den Bildungsweg Tausender Kinder beeinträchtigt. AO

JUGENDFÖRDERUNG

Ein mächtiges Werkzeug

Heute leben mehr junge Menschen auf der Welt als je zuvor, doch vielen fehlt die Perspektive. Sport hat sich dabei bewährt, junge Leute zu stärken und sie zu motivieren, eine lebenswerte Zukunft aktiv selbst zu gestalten.

Von Katharina Wolf und Jens Elsner

Laut UNESCO lebten im vergangenen Jahr 1,2 Milliarden junge Menschen auf der Erde – und es werden stetig mehr. In vielen Ländern haben sie jedoch wenig Mitspracherecht und nur begrenzten Zugang zu guter Bildung und Aufstiegsmöglichkeiten. Um die UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs – Sustainable Development Goals) zu erreichen, darf man diesen großen Teil der Bevölkerung nicht vernachlässigen und muss ihn gezielt fördern.

Junge Menschen zu fördern bedeutet, ihnen zu helfen, ihre Zukunft selbst zu gestalten. So können sie ein Gefühl der Zugehörigkeit entwickeln, sich in zivilen und politischen Prozessen engagieren und Ar-

beitslosigkeit überwinden. Gelingt es ihnen, ihre Bedürfnisse auszudrücken, sich in die Gesellschaft einzubringen und Verantwortung zu übernehmen, beeinflussen junge Menschen auch ihr Umfeld positiv. Dafür brauchen sie die nötigen Ressourcen, Chancen und Unterstützung.

SPORT FÜR ENTWICKLUNG

Eine Möglichkeit dazu ist Sport. Gut gestaltete sportliche Aktivitäten vermitteln wichtige Fähigkeiten, bieten Unterstützung und fördern persönlichen sowie sozialen Wandel in Gemeinschaften. Diese transformative Kraft des Sports steht im Mittelpunkt von „Sport für Entwicklung“ („S4D – Sport for Development“).

Die UN erkennen Sport als „Mittel zur Förderung von Bildung, Gesundheit, Entwicklung und Frieden“ an und haben ihn in die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung aufgenommen. Auch in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit ist S4D ein etabliertes Instrument. Im Auftrag des Bun-

desministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) setzt die GIZ weltweit mit Partnerorganisationen S4D-Projekte um. In den Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit nahmen daran mehr als 1,4 Millionen Kinder und Jugendliche teil.

Wer jemals Mannschaftssport betrieben hat, weiß, wie sehr Sport Teamgeist und Fair Play fördert. Mit dem richtigen pädagogischen Ansatz hält Sport nicht nur physisch und mental gesund, sondern fördert auch verschiedene Kompetenzen und vermittelt Werte. In Kombination mit gezielten Trainingsstrategien und Gruppenarbeit hat Sport das Potenzial, Toleranz, Anpassungsfähigkeit, Zielstrebigkeit und das Selbstbewusstsein zu fördern. S4D stärkt zudem Führungsqualitäten, kommunikative Fähigkeiten und Konfliktlösung. Die Sportarten in den GIZ-Programmen reichen von Fußball, Basketball, Tischtennis und Ultimate Frisbee bis hin zu Karate, Tanz und Schwimmen.

S4D-Trainer*innen fungieren als Vorbilder auf und neben dem Platz. Sie stimmen das Training auf die Bildungsziele ab und berücksichtigen dabei den persönlichen und kulturellen Hintergrund der Teilnehmer*innen. Besonders wichtig ist, dass die Jugendlichen das Erlernte in jeder Trainingseinheit reflektieren, um ihre neuen Fähigkeiten gezielt im Alltag anwenden zu können.

Mit dieser Strategie gelingt es S4D, Vorurteile unter jungen Menschen aus verschiedenen Kulturen abzubauen und das Verständnis zwischen unterschiedlichen politischen und religiösen Gemeinschaften zu fördern.

Außerdem kann S4D zu Geschlechtergerechtigkeit beitragen, indem es weibliche Führungskräfte und Vorbilder unterstützt, Jungen und Mädchen für Geschlechterfragen sensibilisiert und Geschlechterklischees hinterfragt. So bringt S4D die Ziele einer feministischen Entwicklungspolitik voran.

S4D fördert auch die Jobchancen junger Menschen. Sport vermittelt Fähigkeiten, die auf dem Arbeitsmarkt gefragt sind – und unterstützt junge Leute dabei, ihre eigenen Talente, Wünsche und Karriereziele zu entdecken. Letztlich lernen sie auch viel über Entwicklungsthemen wie Umweltschutz, Hygiene oder auch den Umgang mit Medien. Ihre neuen Fähigkeiten und ein unter-



Genderngerechtigkeit wird in Pakistan auch mittels Sports gefördert.

stützendes Umfeld helfen ihnen, Hindernisse auf dem Arbeitsmarkt zu überwinden.

UNIVERSELLE SPRACHE

Neben den praktischen Erfahrungen der GIZ (siehe Kasten) heben auch wissenschaftliche Studien S4D als wertvolles Instrument hervor, Jugendliche zu unterstützen und sozialen Wandel zu befördern. Eine S4D-Initiative im irakischen Kurdistan brachte beispielsweise Kinder und Jugendliche aus Flüchtlingslagern und Gastgemeinden zusammen. Empirische Daten zeigen, dass sich Teilnehmer*innen von S4D-Aktivitäten toleranter und zugewandter gegenüber Menschen anderer Religionen und Ethnien verhalten. Das fördert den sozialen Zusammenhalt. Es ist auch belegt, dass S4D-Programme helfen, die Akzeptanz von Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu verringern und Einstellungen zu gerecht verteilter Hausarbeit zu verändern. Studien in Nordmazedonien und Albanien zeigten zudem,

dass S4D das Selbstbewusstsein der Jugendlichen stärkt und ihnen hilft, zielstrebig zu werden.

Mehr als tausend Organisationen sind in diesem Bereich aktiv, wie eine Studie im Journal of Sport for Development zeigt. In Zusammenarbeit mit renommierten Partnern wie unter anderem dem Internationalen Olympischen Komitee (IOC), Special Olympics, dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB), der Fédération Internationale de Football Association (FIFA), dem Deutschen Fußball-Bund (DFB) sowie Regierungen und der Zivilgesellschaft weltweit zeigt die GIZ, wie S4D ein wertvolles Instrument der Entwicklungszusammenarbeit sein kann.

Junge Menschen haben ein enormes Potenzial, positive Veränderungen zu bewirken – darauf setzt S4D. Gerade jetzt, wo konservative und rechtsextreme Stimmen immer kritischer gegenüber Entwicklungszusammenarbeit sind, ist es wichtig zu zeigen, wie innovativ, flexibel und kreativ

Sport for Development bei der Erreichung der SDGs sein kann – und das mit vergleichsweise geringen Mitteln. Sport verbindet Menschen weltweit – er ist eine universelle Sprache.

LINK

UNESCO, 2023: Thematic Factsheet. Youth and Empowerment.

<https://www.unesco.org/en/youth-and-empowerment>



KATHARINA WOLF
ist Junior-Spezialistin für
Kommunikation bei der GIZ.

katharina.wolf@giz.de



JENS ELSNER
ist Programmleiter des
„Globalvorhabens Sport für
Entwicklung“ (bis 06/2024)
der GIZ.

jens.elsner@giz.de

Wie die GIZ junge Menschen in Bewegung bringt

Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH (GIZ) bildet Lehrer*innen, Trainer*innen und Sozialarbeiter*innen in der „Sport für Entwicklung“-Methodik (S4D – Sport for Development) aus, berät Interessengruppen in der Jugend-, Sport- und Bildungspolitik, entwickelt Sportlehrpläne und Trainer*innenlizenzen, gestaltet Programme und erstellt Trainingshandbücher. Dazu hat die GIZ mit der Global S4D Community eine offene Mitgliederplattform ins Leben gerufen: ein Online-Social-Intranet, kombiniert mit Offline-Materialien zum Lernen und Austauschen. Der Zugang ist kostenlos und offen für Expert*innen aus allen Bereichen.

Um junge Menschen zu fördern, arbeitet die GIZ in ihren S4D-Programmen mit Regierungsbehörden, zivilgesellschaftlichen Organisationen und der globalen Sportindustrie zusammen. In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Fußball-Bund (DFB) hat die GIZ das Programm „Future Leaders in Football“ ins Leben gerufen, das junge Menschen in den Bereichen Management, Führung und Kommunikation schult. Da Männer weiterhin in Führungspositionen in Sportorganisationen dominieren, konzentriert sich das Kooperationsformat auf die Ausbildung junger Frauen aus verschiedenen Partnerländern, die Führungspositionen im Sportsektor anstreben oder be-

reits innehaben, insbesondere im Fußball. Dies regt auch dazu an, geschlechterspezifische Machtstrukturen zu hinterfragen. Die Initiative trägt so zu positivem Wandel im lokalen Sport und in Gemeinschaften in GIZ-Partnerländern bei. Bisher hat das Programm angehende Führungskräfte aus 30 Ländern erreicht.

S4D greift dabei auch auf bestehende Strukturen zurück und unterstützt Organisationen an der Basis. Das neu gegründete panafrikanische Netzwerk „Equal Play Effect Africa“ erleichtert den Austausch zwischen den Organisationen und macht sie auf regionaler, nationaler und kontinentaler Ebene sichtbarer. In dem Programm entwickeln sie eigene Genderleitlinien und lernen, diese umzusetzen – sowohl auf dem Spielfeld als auch am Spielfeldrand und in der Organisationsführung, -gestaltung und -politik.

S4D schafft so einen innovativen Rahmen, in dem junge Menschen Führungsrollen übernehmen und sich für sozialen Wandel engagieren (siehe Haupttext).

Durch das S4D-Jugendbotschafter*innen-Programm in Lateinamerika, Tunesien, Pakistan und auf dem Westbalkan werden junge Menschen befähigt, ihre Motivation und Ideen für gesellschaftlichen Wandel einzusetzen. Während des zweijährigen Ausbildungsprogramms entwickeln und implementieren sie eigene Sportinitiativen, die sich mit Gendergerechtigkeit, sozialem Zusammenhalt und beruflicher Karriere befassen. Über die Plattform der Global S4D Community können sie ihre Erfahrungen austauschen. KW, JE

LINK

<https://community.sport-for-development.com/p/36>

POLITISCHES ENGAGEMENT

Sehnsucht nach einem friedlichen, geeinten Afrika

In der konfliktreichen Region der Großen Seen in Ostafrika engagieren sich Jugendliche in einem Projekt für Frieden. Viele träumen von einem geeinten, prosperierenden Kontinent.

Von Lawrence Kilimwiko

Die Region der Großen Seen in Ostafrika umfasst die Demokratische Republik Kongo (DR Kongo), Ruanda, Burundi, Uganda und Tansania. Ihre Geschichte ist geprägt von blutigen Konflikten: von der Kongokrise in den 1960er-Jahren über den Völkermord an den Tutsi 1994 in Ruanda bis hin zu gegenwärtigen Kämpfen im Osten der DR Kongo. Die Länder der Region gehören nach wie vor zu den ärmsten der Welt. Sie beherbergen zahlreiche Binnengeflüchtete. Traumatisierung durch Gewalt prägt den Alltag vieler Menschen.

Auch die Jugendlichen in der Region blieben nicht verschont: Viele kamen bei

kriegerischen Auseinandersetzungen ums Leben, wurden verstümmelt und mussten ihre Heimat verlassen. Andere wurden in jungen Jahren von Milizen rekrutiert und unter grausamen Umständen gezwungen, selbst zu Täter*innen zu werden.

Als Reaktion darauf, dass Jugendliche in der Region der Großen Seen seit Jahrzehnten in gewalttätige Konflikte verwickelt sind, entstand das Projekt „Great Lakes Youth Network for Dialogue and Peace“ („Jugendnetzwerk für Dialog und Frieden“). Jugendliche setzen sich hier aktiv für Frieden ein. Sie engagieren sich beispielsweise für einen nachhaltigen Umgang mit natürlichen Lebensgrundlagen – Ressourcenkonflikte bergen Gewaltpotenzial. Gegen den Klimawandel sind sie ebenfalls aktiv, denn auch er führt zu Konflikten, etwa dort, wo er Menschen aus ihrer Heimat vertreibt. Gute Regierungsführung ist ein weiterer wichtiger Aspekt der Arbeit des Netzwerks.

Das Projekt wird von der EU und der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) finanziert und von fünf afrikanischen zivilgesellschaftlichen Organisationen getragen: Pole Institute (DR Kongo), Vision Jeunesse Nouvelle (Ruanda), Actions for Democracy and Local Governance (Tansania) sowie Cornerstone Development Africa und Léo Africa Institute (Uganda). Die Zentrale liegt in Goma im Osten der DR Kongo, beteiligt sind Initiativen in Tansania, Uganda, der DR Kongo, Ruanda und Burundi.

Das Netzwerk bietet Austauschmöglichkeiten für Jugendorganisationen und andere wichtige Akteure. Es soll so zu Frieden und Stabilität beitragen, wie Projektleiter Jean Claude Twahirwa erklärt. „Wir möchten die aktive, kooperative und nachhaltige Rolle von Jugendaktionen und -initiativen für Frieden und Stabilität fördern. Es ist eine Schnittstelle zwischen Jugendgruppen und Akteuren aus Politik, Privatwirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien“, sagt er.

JUNGE LEUTE TAUSCHEN ERFAHRUNGEN AUS

Zu den Aktivitäten gehören jährliche Konferenzen, bei denen Jugendliche ihre Netzwerke pflegen. Auf der jüngsten Summer School, die im September 2023 in Tansania stattfand, tauschten 120 junge Leute ihre Erfahrungen aus. Auf dem Programm standen Themen wie internationale Angelegenheiten und Entwicklung, Jugendaktivismus und Vertrauensbildung sowie Reaktionen auf die Klimakrise.

Das Treffen diente als Startschuss für die Gründung der Afrikanischen Jugendkoalition für Frieden und Entwicklung, die sich über die Region der Großen Seen hinaus auf den gesamten afrikanischen Kontinent erstreckt. Ihre Mission ist ein geeintes, friedliches und prosperierendes Afrika. Vertreter*innen aus Tansania erklärten sich bereit, das Sekretariat mit Sitz in Mwanza zu übernehmen.

Es ist ein Schritt in Richtung dessen, was der Panafrikanist Kwame Nkrumah, Ghanas erster Präsident, ersehnt hatte: ein vereintes Afrika mit einer Regierung, einem Reisepass, einer einheitlichen Währung, einer Armee und einer gemeinsamen Außenpolitik. Die Jugendlichen diskutierten darüber während ihres Treffens in Tansania. „Wenn die Einheit für Europa gut ist, wie die Europäische Union beweist, warum nicht



Demonstration für Frieden in Goma, DR Kongo, im Mai.

auch für Afrika?“, fragte ein Jugendlicher aus Süd-Kivu in der DR Kongo.

Es sei daran erinnert, dass Afrika bei der Gründung der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), der heutigen Afrikanischen Union (AU), im Mai 1963 nicht bereit war, sich zu einer starken Union afrikanischer Staaten nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten von Amerika zusammenzuschließen. Nicht wenige Jugendliche sehen dies heute anders. Sie wünschen sich mehr Einheit in Afrika – und weniger Tribalismus.

PANAFRIKANISCHE BEMÜHUNGEN

Die anwesenden Entwicklungspartner kündigten schnell ihre Bereitschaft an, ein auf ganz Afrika ausgedehntes Projekt zu unterstützen. Tilmann Feltes, Leiter des KAS-Auslandsbüros Tansania, bekräftigte das Engagement der Beteiligten und erklärte, dass Frieden und Konfliktlösungen Hauptanliegen seien. Emilio Rossetti, stellvertretender EU-Delegationsleiter in Tansania, erklärte, die EU finanziere das Projekt, weil es

dem Prinzip der Einheit in der Vielfalt entspreche. Die 27 EU-Mitgliedstaaten hätten gemäß diesem Prinzip seit einem Vierteljahrhundert untereinander keinen bewaffneten Konflikt mehr erlebt. Auch in der Region der Großen Seen sei Frieden möglich.

Allein in Tansania gebe es mehr als 20 Millionen junge Menschen im Alter von 15 bis 35 Jahren in einem Land mit 62 Millionen Einwohner*innen, betonte Yohana Madadi, leitender Beamter im Büro des Premierministers. Angesichts der zunehmenden Arbeitslosigkeit und des Menschenhandels sei die Regierung um ihre Sicherheit besorgt.

Fred Mwesigwa, der ugandische Hochkommissar in Tansania, wies darauf hin, dass Friedenskonsolidierung die Grundlage für die Entwicklung jeder Volkswirtschaft darstelle. Die Jugendlichen sollten es vermeiden, sich in gefährliche Aktivitäten zu verstricken.

Um ihre Vision eines friedlichen Afrikas zu verwirklichen, benötigen die Jugendlichen Mitspracherecht. Sie fordern, an politischer Entscheidungsfindung beteiligt zu



sein. An ihren Friedensbemühungen sollten sich etablierte Politiker*innen ein Beispiel nehmen. Gute Regierungsführung gemäß demokratischen Prinzipien ist dringend nötig. Politische Interessen sollten friedlich ausgehandelt werden. Die Gewalt muss endlich ein Ende haben.



LAWRENCE KILIMWIKO
ist ein Journalist aus
Daressalam, Tansania.

lkilimwiko@yahoo.com

ARBEITSMARKT

Chancenlos in Indien

Für eine demografische Dividende braucht Indien mehr und bessere Jobs. Trotz hoher Wachstumsraten werden viele Menschen abgehängt – vor allem die jungen Menschen finden kaum gute Erwerbsmöglichkeiten.

Von Roli Mahajan

Pratap Singh ist seit vier Jahren arbeitslos. Er kommt aus Azamgarh in Uttar Pradesh, dem bevölkerungsreichen, aber gering entwickelten Bundesstaat. Er hat Kunststofftechnik studiert, bewirbt sich aber auf niedrige Stellen bei der staatlichen Eisenbahn. Er ist für viel anspruchsvollere Tätigkeiten qualifiziert, hofft aber auf einen sicheren und festen Arbeitsplatz.

„Als Kind sagte man mir, Bildung werde mir einen guten Job verschaffen – also

habe ich fleißig gelernt“, sagt er. Aber jetzt sind seine Aussichten düster. Sich bei der Bahn zu bewerben ist das Beste, was er tun kann. Oft fragt er sich, ob sich das Studium gelohnt hat.

So wie Singh haben viele zu kämpfen. Viele Angehörige seiner Generation sind vom Land in Städte gezogen, um Ingenieurwesen, Naturwissenschaften, Jura oder Betriebswirtschaft zu studieren. Aber selbst nach dem Studium finden sie oft keine Anstellung in ihrem Fachgebiet. Viele kehren heim und nehmen jede Art von niedrig qualifizierter Arbeit an. Singhs Freund Rahul etwa hat Jura studiert. Jetzt arbeitet er als Büroangestellter in einer örtlichen Arztpraxis.

Singhs Frau möchte Lehrerin an einer Staatsschule werden. Stellenausschreibun-

gen sind selten, die Zahl der Bewerbungen aber immer hoch. Um eine Stelle zu bekommen, sind Kontakte und Schmiergeld nötig. Gute Unterlagen reichen nicht. Das ist das Schicksal vieler junger Menschen in Indien, einer der am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften der Welt.

Laut Weltbank dürfte das indische Bruttoinlandsprodukt in den kommenden drei Jahren mit einer jährlichen Rate von fast sieben Prozent zunehmen, ähnlich schnell wie in den vergangenen Jahren. Trotzdem fehlen Jobs für die Millionen junger Menschen, die jährlich auf den Arbeitsmarkt drängen.

Der Knackpunkt ist: Das Wachstum beruht weitgehend auf der Expansion des Dienstleistungssektors, der weniger arbeitsintensiv ist als das verarbeitende Gewerbe. Wer nicht zum öffentlichen Dienst gehört, arbeitet in Indien meist informell. Es gibt nur wenige formal geregelte Festanstellungen mit voller sozialer Sicherung (Krankenversicherung, Rentenversicherung usw.). Dass rund die Hälfte der indischen Bevölkerung immer noch von schwächelnden,

kleinbäuerlichen Betrieben abhängt, trägt zu dem Problem bei.

Gemeinsam mit dem Institute for Human Development, einer unabhängigen Denkfabrik in Delhi, hat die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) vor einigen Monaten einen Bericht über den nationalen Arbeitsmarkt veröffentlicht. Ihm zufolge sind mehr als 80 Prozent der indischen Arbeitslosen jung und haben mehrheitlich formale Bildungsabschlüsse. Zwei Drittel der jungen Arbeitslosen hatten 2022 mindestens einen Sekundarschulabschluss. Zwanzig Jahre zuvor galt das nur für ein Drittel. Damals hieß es, mangelnde Bildung sei das Kernproblem.

Der ILO-Studie zufolge hat der indische Arbeitsmarkt in den letzten Jahren paradoxe Fortschritte gemacht. Das BIP steigt zwar rasch, charakteristisch bleibt aber das unzureichende Wachstum der formalisierten Wirtschaft. Sie gibt den vielen Landarbeiter*innen, die produktivere und lukrativere Arbeit brauchen, keine Perspektiven. Seit der Coronapandemie kehren Menschen sogar in die Landwirtschaft zurück – während in den Jahren davor im Sektorservice und dem Bauwesen die informelle Beschäftigung schneller gestiegen war als auf den Feldern.

Der Bericht weist auf weit verbreitete Existenzunsicherheit hin. Tatsächlich hängen 90 Prozent der indischen Beschäftigten als Tagelöhner oder Kleinselbständige von unmittelbaren Wünschen der Auftraggebenden ab. Sie haben keinerlei Sicherheit.

Theoretisch sollten die vielen jungen Arbeitskräfte Indien eine „demografische Dividende“ bringen. In der Ökonomie wird davon gesprochen, wenn Massen junger Menschen das Wachstum vorantreiben, ohne sich um viele Alte und Kinder kümmern zu müssen. Bei hoher Jugendarbeitslosigkeit fällt die demografische Dividende aber aus. Laut ILO-Bericht liegt das an unzureichender Bildung und mangelhafter Qualifikation. Den Daten nach können 75 Prozent keine E-Mails mit Anhang versenden und 90 Prozent keine mathematischen Formeln in Excel-Tabellen anwenden. Immer mehr junge Menschen schließen die Schule ab, lernen dort aber offenbar nicht die nötigen Dinge.

Die Erwerbsbeteiligung von Frauen ist mit nur etwa 25 Prozent in Indien sehr niedrig. Zwar ist es im ländlichen Raum etwas besser geworden, aber für gebildete junge

Frauen ist es noch schwieriger als für ihre männlichen Kollegen, eine hochqualifizierte Arbeit zu finden. Besonders schwierig ist es in den weniger entwickelten nördlichen Bundesstaaten wie Uttar Pradesh.

Die indische Zentralregierung hat das ILO-Dokument wegen angeblicher „Unstimmigkeiten in den Daten“ zurückgewiesen. Es erschien kurz vor den Parlamentswahlen, also war das erwartbar. Narendra Modis Regierung widerspricht unabhängiger Expertenarbeit regelmäßig oder spielt sie herunter.

Diverse Umfragen und Erhebungen zeigen allerdings seit Monaten, dass Arbeitslosigkeit eine Hauptsorge junger Menschen ist. Fachleute sagen, das habe sich auch im Wahlergebnis niedergeschlagen. Modis Partei schnitt schlechter ab als erwartet. Nun ist er auf die parlamentarische Unterstützung von Regionalparteien angewiesen und kann die Agenda nicht mehr allein bestimmen.

Als er 2014 erstmals gewählt wurde, hatte Modi junge Menschen mit dem Versprechen angelockt, innerhalb von zehn Jahren 250 Millionen Arbeitsplätze zu schaffen. Daraus wurde nichts – und das wissen alle.

Auf dem Papier sieht Indiens Wirtschaftswachstum gut aus, aber davon haben junge Leute und benachteiligte Schichten nichts. Unterbeschäftigung ist eines der größten Probleme. Die Regierung sollte folgende fünf ILO-Empfehlungen beherzigen:

- die Beschäftigungsintensität von Produktion und Wachstum steigern,
- Jobqualität verbessern,
- Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt bekämpfen,
- effektivere Qualifizierungs- und weitere arbeitsmarktpolitische Maßnahmen bieten und
- Kompetenz- und Qualifikationslücken schließen, wegen derer so viele junge Menschen arbeitslos sind.

Fortschritte im Bereich der künstlichen Intelligenz (KI) machen all das dem Bericht zufolge noch dringlicher. KI werde die Arbeitsmärkte weltweit verändern, und Indien sei auf den Wegfall von Angestelltenjobs schlechter vorbereitet als andere G20-Länder.

LINK

ILO and Institute for Human Development, 2024: India Employment Report 2024 – Youth employment, education and skills. Geneva, International Labour Organization.
https://www.ilo.org/sites/default/files/wcmsp5/groups/public/@asia/@ro-bangkok/@sro-new_delhi/documents/publication/wcms_921154.pdf



ROLI MAHAJAN
 arbeitet als Journalistin in Lucknow, Indien.

roli.mahajan@gmail.com



In Indien sind Bauarbeiten in jeder Hinsicht unsicher – Arbeiter in Kalkutta.



Demonstration für Demokratie während der Covid-19-Pandemie 2021 in Algerien.

sei Nahrungsknappheit – noch vor Arbeitslosigkeit, zunehmender Gewalt und Klimawandel.

Auch der gewachsene Anteil derer, die über Migration nachdenken, zeugt laut den Autor*innen von der um sich greifenden Ratlosigkeit. Jedoch sei nur ein kleiner Teil der jungen Menschen fest zur Auswanderung entschlossen. Mangels ökonomischer und sozialer Ressourcen sei Migration für viele ohnehin unmöglich. Tatsächlich nähmen die Jugendlichen die erzwungene Immobilität als Verlust von Lebenschancen wahr.

Die Studie attestiert den jungen Leuten ein gespaltenes Verhältnis zum Staat. Einerseits wünschten sich viele mehr staatliche Unterstützung: 70 Prozent sagten, der Staat solle eine größere Rolle in ihrem Leben einnehmen. Andererseits sei das Misstrauen groß und das Interesse an der Politik gering. Sie werde vor allem mit Korruption und Parteipolitik assoziiert.

Viele autoritäre Regierungen beschränken politische und gesellschaftliche Beteiligungsmöglichkeiten. Dennoch engagieren sich laut der Umfrage 78 Prozent der jungen Menschen regelmäßig sozial, allerdings meist im privaten Umfeld außerhalb institutioneller Strukturen. Das wird als Zeichen dafür gewertet, dass viele weiterhin glaubten, die Welt um sich herum positiv beeinflussen zu können.

Die Aussichten vieler Jugendlicher haben sich seit 2021 offensichtlich weiter verschlechtert, zum Beispiel wegen der extremen humanitären Not im Sudan oder in Gaza. Die trotz allem bestehende Resilienz dieser Generation sollte nach Möglichkeit gestärkt werden. Die Studie leistet durch ihre differenzierte Darstellung komplexer Lebensrealitäten einen wichtigen Beitrag, um der Enteignung von Lebenschancen entgegenzuwirken.

BUCH

Gertel, J., Kreuer, D., Stolleis, F., 2024: Die enteignete Generation. Jugend im Nahen Osten und Nordafrika. Bonn, Dietz.



KONSTANTIN AUWÄRTER hat diesen Text im Rahmen seines Praktikums in der E+Z/D+C-Redaktion verfasst, während er Internationale

Beziehungen und Kommunikationswissenschaft an der Universität Erfurt studierte. euz.editor@dandc.eu

MENA-JUGENDSTUDIE

Resignation statt Optimismus

Wie steht es um die Hoffnungen und Zukunftsaussichten der Jugend in Nordafrika und im Nahen Osten rund zehn Jahre nach dem Arabischen Frühling? Das untersucht eine neue Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Die Ergebnisse sind größtenteils ernüchternd.

Von Konstantin Auwärter

Die Chancen junger Menschen in der MENA-Region auf ein selbstbestimmtes Leben und eine glückliche Zukunft sind in den vergangenen Jahren gesunken. Zu diesem Ergebnis kommt die Studie mit dem passenden Titel „Die enteignete Generation“. Demnach wurden viele der Hoffnungen, die mit den Revolutionen 2010/11 und den Protesten 2018/19 verbunden waren, enttäuscht. Die Covid-19-Pandemie, politische und militärische Konflikte sowie Wirtschaftskrisen hätten Jugendlichen enorm zugesetzt.

Für die Studie wurden 2021 und 2022 Interviews mit Menschen in verschiedenen Ländern von Marokko bis Irak geführt. Die rund 12000 Teilnehmenden waren 16 bis 30 Jahre alt. Sie beantworteten Fragen zu ihrer Lebenssituation, ihren Werten, ihrem gesellschaftlichen Engagement und ihren Zukunftsaussichten. Die Studie wurde nach 2016 zum zweiten Mal durchgeführt.

Nun ergab sich, dass die meisten jungen Menschen die ökonomische Lage ihrer Familie schlechter einschätzen als 2016. Ein Drittel der Befragten bezeichnete sich als arbeitslos. Dabei war das formelle Bildungsniveau gestiegen. Zu den Folgen gehören laut FES-Studie Ohnmachtsgefühle und Angst vor sozialem Abstieg.

Für viele spiele die Familie eine zentrale Rolle, heißt es in der Studie. 71 Prozent der Befragten wohnten noch bei den Eltern. Ein unabhängiges Leben sei ihnen häufig finanziell nicht möglich. Junge Familien mit eigenem Haushalt seien zudem besonders stark von Wirtschaftskrisen betroffen. Dennoch sei in der Lebensplanung junger Frauen zunehmend der Beruf wichtiger als eine gute Ehe.

Die Covid-19-Pandemie hatte gravierende Auswirkungen. Die befragten Jugendlichen berichteten von Zukunftsängsten, Frustration, Depressionen und Einsamkeit. Den weitgehend solidarischen Umgang der Gesellschaft mit der Krankheit sahen viele jedoch als positive Entwicklung.

Die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie haben den Umfrageergebnissen zufolge soziale Ungleichheit und Versorgungsengpässe verschärft. 70 Prozent der Befragten gaben an, die wichtigste Veränderung der letzten fünf Jahre in ihrem Leben

Globale Entwicklungspolitik steuert in eine ungewisse Zukunft.

Seite 5

